

Änderung der
Erscheinungsweise:
Künftig erhalten Sie
Ihre GI alle 2 Monate.
Beachten Sie auch das
innen liegende Schreiben.

GI

6/2003 

10. Juni
23. Jahrgang

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial	Seite 132
GI Aktuell	Seite 132
GI Leitsätze	Seite 134
Steuerberaterhaftung Mitverschulden des Mandanten / Barquittungen / Empfängerbenennung / Rechtsmittel gegen Steuerbescheide / Schaden? (BGH, Urt. v. 20.2.2003 - IX ZR 384/99)	Seite 135
Versicherungsschutz Bindungswirkung des Haftpflichturteils / Deckungsversagung (BGH, Urt. v. 17.7.2002 - IV ZR 268/01)	Seite 139
Steuerberaterhaftung Verjährung, § 68 StBerG / Teilschaden / Verjährungsbeginn / Verjährungsverzicht (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.12.2002 - 23 U 240/01)	Seite 140
Notarhaftung Belehrungspflicht / Pfandfreigabe / Darlegungslast des Notars über Belehrung / Subsidiäre Haftung des Notars / Vorteilsanrechnung, Leistungen Dritter (OLG Saarbrücken, Urt. v. 27.3.2002 - 1 U 671/01)	Seite 145
Steuerberaterhaftung Verjährungskürzung / AAB/AGB (OLG Köln, Urt. v. 28.2.2002 - 8 U 81/01)	Seite 148
Steuerberaterhaftung Schaden / Umsatzsteuer (LG Hannover, Urt. v. 28.5.2001 - 20 O 2268/00)	Seite 151
GI Hinweis	Seite 152
Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 153



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

folgende Schwerpunktthemen finden Sie in diesem Heft:

BGH zur Mitwirkungspflicht des Mandanten: Der BGH bestätigt, dass der Steuerberater sich beim **Buchhaltungsmandat** darauf verlassen kann, dass der Mandant in seinem Betrieb **vollständige Grundaufzeichnungen führt und Belege sammelt**. Dazu gehört auch, dass die Empfänger von Zahlungen benannt sind bzw. von ihm nachträglich ermittelt werden. Geschieht das nicht, kann er keinen Regress gegen den Steuerberater geltend machen, denn die tatsächlichen Angaben sind gegenüber dem Finanzamt zu machen. Die damit verbundenen steuerlichen Risiken können nicht auf den Steuerberater abgewälzt werden. Der Fall stammt aus der Palettenbranche.

BGH zum Versicherungsschutz: Der Haftpflichtversicherer ist an die **Feststellungen des Haftpflichturteils** gebunden, wenn er z.B. die Deckung wegen wissentlicher Pflichtverletzung ablehnt. Er kann sich zur Begründung der Deckungsversagung nicht auf eine andere angebliche Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers berufen.

OLG Düsseldorf zur Regressverjährung i.S.d. § 68 StBerG: Die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs gegen Steuerberater beginnt mit dem ersten **Teilschaden**, auch wenn weitere zurechenbare Nachteile voraussehbar sind. Das gilt selbst dann, wenn der Steuerberater in einem Finanzgerichtsprozess, den er zur Schadenabwendung führt, einen weiteren Fehler begeht. Hier beginnt nicht ein neuer Regressanspruch mit eigener Verjährungsfrist. Interessant ist das Urteil auch wegen eines **Verjährungsverzichts nach eingetretener Verjährung**. Dieser wurde als unwirksam angesehen.

OLG Saarbrücken zur Verletzung von Belehrungspflichten: Behauptet der Berater entgegen der Darstellung des Mandanten, eine Belehrung durchgeführt zu haben, genügt das nicht. Er muss vielmehr den **Gang der Besprechung** schildern, **konkrete Angaben** über seine Ratschläge und Belehrungen machen und aufzeigen, wie der Mandant darauf reagiert hat.

OLG Köln zur Kürzung der Verjährungsfristen in AGB: Eine Ausschlussfrist von 6 Monaten nach Ablehnung des gegen einen Steuerberater gerichteten Schadenersatzanspruchs untergräbt die Regelverjährung von 3 Jahren derart massiv, dass sie unwirksam ist. Sie ist unangemessen und stellt eine Benachteiligung des Mandanten dar, die gegen Treu und Glauben verstößt.

LG Hannover zum Schaden: Verlangt der Mandant von seinen Kunden keine Umsatzsteuer, kann die in der Betriebsprüfung nachveranlagte Umsatzsteuer nicht als Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater geltend gemacht werden. Denn jeder holt sich die **Preise am Markt**, die dieser hergibt. Es kann deshalb nicht unterstellt werden, dass der Kunde einen um 14% erhöhten Preis akzeptiert hätte. Im Entscheidungsfall ging es um die Vercharterung von Segelyachten.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Fest des Arbeitgebers aus Anlass des Geburtstags eines Arbeitnehmers ist keine Sachzuwendung

Mit Urteil vom 28.1.2003 – VI R 48/99 hatte der Bundesfinanzhof (BFH) darüber zu befinden, ob die Kosten eines Empfangs, zu dem der Arbeitgeber anlässlich des 60. Geburtstags seines Arbeitnehmers einlädt, als Lohn dieses Arbeitnehmers zu qualifizieren sind.

Der BFH stellte folgenden Grundsatz heraus:

Lädt ein Arbeitgeber anlässlich eines Geburtstags eines Arbeitnehmers Geschäftsfreunde, Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Vertreter von Verbänden und Berufsorganisationen sowie Mitarbeiter zu einem Empfang ein, ist unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls zu entscheiden, ob es sich um ein Fest des Arbeitgebers (betriebliche Veranstaltung) oder um ein privates Fest des Arbeitnehmers handelt.

Nur wenn es sich um ein privates Fest des Arbeitnehmers handelt, kommt eine Lohnzuwendung in Betracht.

Für ein Fest des Arbeitgebers kann sprechen, wenn dieser als Gastgeber auftritt, der die Gästeliste nach geschäftsbezogenen Gesichtspunkten bestimmt, in seine Geschäftsräume einlädt und wenn das Fest den Charakter einer betrieblichen Veranstaltung und nicht einer privaten Feier des Arbeitnehmers aufweist. (BFH, Urt. v. 28.1.2003 – VI R 48/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 26.3.2003

BFH: Umsatzsteuerliche Behandlung des CG Car-Garantiemodells

Im Urteil vom 16.1.2003 – V R 16/02 hatte sich der Bundesfinanzhof (BFH) mit der umsatzsteuerlichen Behandlung des so genannten CG Car-Garantiemodells zu befassen.

Beim Kauf von Neu- und Gebrauchtwagen bieten die Händler häufig eine **Händlergarantie** gegen Zahlung einer besonderen Prämie an; diese verlängert die Gewährleistung für den Neuwagen zeitlich (im Streitfall von einem Jahr auf zwei Jahre) oder bezieht sich auf bestimmte Bauteile des Gebrauchtwagens. Für das sich hieraus ergebende Risiko kann sich der Händler durch von bestimmten Gesellschaften angebotene Versicherungsverträge absichern.

Dazu schließt der Händler mit dieser Gesellschaft eine Garantiever sicherung ab (Car-Garantie). Im Garantiefall rechnet der Händler die Reparatur nicht gegenüber dem Kunden ab, sondern gegenüber der Car-Garantiegesellschaft. Dasselbe gilt regelmäßig für die Drittwerkstatt, falls diese die Reparatur ausführt; sie kann aber auch die Reparaturleistungen gegenüber dem Kunden abrechnen, dem dann ein Ausgleichsanspruch gegenüber der Car-Garantiegesellschaft zusteht.

Die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder waren übereingekommen, in der Garantieübernahme durch den Fahrzeugverkäufer eine **unselbstständige Nebenleistung zur Fahrzeuglieferung** zu sehen und die für die Einräumung der Garantie erhobene Prämie in voller Höhe in das Entgelt für die steuerpflichtige Fahrzeuglieferung einzubeziehen.

Der BFH folgt dem nicht. Er sieht im Anschluss an die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften eine Leistung nur dann als eine das steuerliche Schicksal der Hauptleistung teilende Nebenleistung an, wenn sie für den Leistungsempfänger keinen eigenen Zweck hat, sondern das Mittel darstellt, um die Hauptleistung des Leistenden unter optimalen Bedingungen in Anspruch zu nehmen. **Eine derartige Nebenleistung verneint der BFH bei der Car-Garantie; seiner Ansicht nach hat sie ähnlich wie eine Kaskoversicherung den Zweck, das erworbene Fahrzeug gegen Schäden zu versichern.**

Nach der Entscheidung des BFH sind die **Garantieleistungen** des Händlers bei dem im Streitfall vorliegenden Vertragswerk nach § 4 Nr. 8g und/oder § 4 Nr. 10b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) **steuerfrei**. Der BFH neigt dazu, mit dem Finanzgericht eine nach § 4 Nr. 10b UStG steuerfreie Verschaffung von Versicherungsschutz zu bejahen, soweit der Händler den Käufern der Autos einen unmittelbaren Anspruch gegen die Car-Garantiegesellschaft auf Ersatz der in einer Drittwerkstatt angefallenen Reparaturkosten verschafft, und eine nach § 4 Nr. 8g UStG steuerfreie Übernahme einer Sicherheit, soweit der Händler sich verpflichtet, die von den Garantiebedingungen erfassten Reparaturen selbst vorzunehmen. Jedenfalls bejaht er die **Steuerfreiheit der Garantieleistungen des Autohändlers aufgrund dieser Vorschriften**.

(BFH, Urt. v. 16.1.2003 – V R 16/02)

Pressemitteilung d. BFH v. 2.4.2003

Bundesfinanzhof hält Nichtberücksichtigung ausländischer Verluste für gemeinschaftswidrig

Erzielt ein im Inland unbeschränkt Steuerpflichtiger im Ausland aus einer dortigen Einkunftsquelle negative Einkünfte, z.B. aus der Vermietung unbeweglichen Vermögens, das im Ausland belegen ist, oder aus einer im Ausland belegenen Betriebsstätte, dann kann er diese im Inland mit steuerpflichtigen Einkünften nicht oder nur unter eingeschränkten Voraussetzungen ausgleichen:

Entweder sind die betreffenden negativen Einkünfte ebenso wie positive ausländische Einkünfte aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen im Inland steuerfrei oder aber sie sind den Abzugsbeschränkungen des § 2a des Einkommensteuergesetzes (EStG) unterworfen. Gleichermaßen sind negative ausländische Einkünfte nicht im Rahmen des so genannten negativen Progressionsvorbehalts zu berücksichtigen.

Es wird seit langem diskutiert, ob diese Ungleichbehandlung negativer inländischer und ausländischer Einkünfte in Einklang mit den gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverboten steht. Überwiegend wird dies im Schrifttum verneint. Der I. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat sich im Beschluss vom 13.11.2002 – I R 13/02 den Bedenken angeschlossen und deshalb den Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung angerufen.

Konkret geht es dabei um die negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die die Kläger gemäß § 21 Abs. 2 Satz 2 EStG 1987 aus der Eigennutzung ihres in Frankreich belegenen Einfamilienhauses erzielten und die im Inland weder in die Einkommensteuerbemessungsgrundlage noch in die Steuersatzbemessungsgrundlage einzubeziehen waren.

Nach Ansicht des BFH verstößt dies gegen die gemeinschaftsrechtlich garantierte Niederlassungs- sowie die Kapitalverkehrsfreiheit. Eine Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung zu inländischen negativen Einkünften sei nicht ersichtlich.

(BFH, Beschl. v. 13.11.2002 – I R 13/02)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.4.2003

BFH: Der Steueranspruch ist verjährt, wenn ein vor Ablauf der Festsetzungsfrist abgesandter Steuerbescheid dem Steuerpflichtigen nicht zugeht

Steuerbescheide werden vom Finanzamt in der Regel auch dann **mit einfachem Brief** per Post bekannt gegeben, wenn die Festsetzungsfrist für die betreffende Steuer abzulaufen und damit Verjährung einzutreten droht. Um die Einhaltung der Frist bei dieser Form der Bekanntgabe von Verzögerungen des – vom Finanzamt nicht beherrschbaren – Bekanntgabevorgangs unabhängig zu machen, bestimmt § 169 Abs. 1 Satz 3 der Abgabenordnung, dass die **Festsetzungsfrist auch dann gewahrt ist, wenn der Steuerbescheid vor Ablauf der Frist den Bereich der für die Steuerfestsetzung zuständigen Finanzbehörde verlassen hat.**

Umstritten war, ob diese Voraussetzung auch erfüllt ist, wenn der **nachweislich noch vor Ablauf der Frist abgesandte Steuerbescheid dem Steuerpflichtigen nicht zugegangen ist** und das Finanzamt ihm deshalb **nach Ablauf der Frist einen inhaltsgleichen neuen Bescheid** übersendet. Das genügt nach der Entscheidung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 25.11.2002 – GrS 2/01 nicht. Die Festsetzungsfrist ist nur gewahrt, wenn der bekannt gegebene Steuerbescheid, also der, den der Steuerpflichtige bekommen hat, rechtzeitig den Bereich der für die Steuerfestsetzung zuständigen Behörde verlassen hat.

(BFH, Urt. v. 25.11.2002 – GrS 2/01)

Pressemitteilung d. BFH v. 23.4.2003

GI Leitsätze

**Anwaltshaftung/Kündigungsschreiben/Zugang
14.00 Uhr**

Ein Kündigungsschreiben, das ein Rechtsanwalt gegen 14.00 Uhr am Letzten eines Monats in den Briefkasten des zu kündigenden Arbeitnehmers wirft, ist rechtzeitig, d.h. zu den üblichen Geschäftszeiten, zugegangen. Die in diesem Zusammenhang vertretene arbeitsgerichtliche Rechtsprechung, die auf die üblichen Zustellzeiten abstellt, ist praxisfern, da die „üblichen Zustellzeiten“ zum einen erheblichen Schwankungen unterliegen und zum anderen kaum zur Kenntnis des Arbeitnehmers gelangen.

(LG Stuttgart, Urt. v. 20.12.2001 – 20 O 467/01, BB 2002, 380)

Notar- oder Anwaltstätigkeit

1. Nach § 24 Abs. 2 Satz 2 BNotO ist anzunehmen, dass ein zugleich als Rechtsanwalt zugelassener Notar immer dann als Notar tätig wird, wenn er Handlungen der in § 24 Abs. 1 BNotO bezeichneten Art vornimmt, die dazu bestimmt sind, Amtsgeschäfte der in §§ 20 bis 23 BNotO bezeichneten Art vorzubereiten oder auszuführen. Liegen die Voraussetzungen dieser Bestimmung nicht vor, ist nach § 24 Abs. 2 Satz 2 BNotO im Zweifel anzunehmen, dass der Anwaltsnotar als Rechtsanwalt tätig geworden ist.

2. Über Hintergründe und Rechtsfolgen aus Urkunden, an deren Fertigung der Notar nicht beteiligt war, muss er ungefragt nicht belehren. (OLG Frankfurt, Urt. v. 30.1.2002 – 9 U 91/01, OLG-Report 2003, 25)

Nichtigkeit eines Vergleichs bei standeswidrigem Verhalten des Rechtsanwalts

1. Ein Anwalt, der bei Anhängigkeit eines Rechtsstreits mit der Gegenseite hinter dem Rücken ihres Anwalts über den Streitgegenstand verhandelt, handelt auch dann standeswidrig, wenn die Initiative hierzu von der Gegenseite ausging.

2. Ein durch standeswidriges Verhalten eines Beteiligten zustande gekommenes Rechtsgeschäft kann auch dann infolge Sittenwidrigkeit nichtig sein, wenn der standeswidrig Handelnde nicht selbst Vertragspartei, sondern Vermittler ist.

3. Ein durch den Anwalt einer Seite hinter dem Rücken des Anwalts der Gegenseite in standeswidriger Weise vermittelter Vergleich ist jedenfalls dann nichtig, wenn die Gegenseite aus einem fremden Rechts- und Kulturkreis stammt und der deutschen Sprache nur in beschränktem Maße mächtig ist, wenn ferner der Gegenanwalt vom vermittelnden Anwalt bewusst ausgeschaltet worden war und von den ohne sein Wissen geführten Verhandlungen sowie dem Vergleichsschluss nicht unverzüglich informiert wird und wenn der Vergleich nur mündlich geschlossen wurde, so dass bei einem Streit über den Vergleichsinhalt als Beweismittel allein der vermittelnde Anwalt zur Verfügung steht.

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 15.11.2002 – 14 U 73/01, OLG-Report 2003, 175)

Steuerberaterhaftung

- Mitverschulden des Mandanten
- Barquittungen
- Empfängerbenennung
- Rechtsmittel gegen Steuerbescheide
- Schaden?

(BGH, Urt. v. 20.2.2003 - IX ZR 384/99)

Leitsatz:

Belehrt der steuerliche Berater über die Anforderungen, die an Barquittungen zu stellen sind, falsch und führt dies dazu, dass die Finanzbehörde die quittierten Beträge nicht als Betriebsausgaben anerkennt, kann die Haftung des steuerlichen Beraters entfallen, wenn der Mandant die ihm möglichen und zumutbaren Angaben vor Erlass der nachteiligen Änderungsbescheide nicht nachholt.

Zum Sachverhalt:

Eine Angehörige des Klägers (fortan: Zedentin) betrieb nach dessen Vortrag in den Streitjahren 1989 bis 1993 einen **Handel mit gebrauchten Paletten und Gitterboxen**, die sie fortlaufend **gegen Barzahlung** ankaufte. Die ihr über die behaupteten Kaufpreise erteilten Quittungen wurden von den Verkäufern – insgesamt zwölf Personen – im Empfängerfeld des Quittungsformulars nur mit dem Nachnamen unterzeichnet. **Angaben zu den Vornamen und den Anschriften** der Zahlungsempfänger fehlen durchgängig. In ihren jährlichen Steuererklärungen setzte die Zedentin u.a. die quittierten Beträge in voller Höhe als Betriebsausgaben ab.

Im Anschluss an eine im April 1996 durchgeführte Außenprüfung erließ das Finanzamt am 17.3.1997, 27.5.1997 und 13.6.1997 geänderte Gewerbesteuer-, Umsatzsteuer- und Einkommensteuerbescheide. Darin ließ es die Zahlungen für den Einkauf der Paletten und Gitterboxen in Anwendung des § 160 AO nur in Höhe von rund 20% zum Abzug zu, weil die Zedentin die Zahlungsempfänger nicht im Einzelnen benannt habe. Die Zedentin hat die Änderungsbescheide angefochten; bestandskräftige Entscheidungen liegen noch nicht vor.

Der Beklagte beriet die Zedentin seit April 1989 steuerlich. Mit Abtretungsvereinbarung vom 20.2.1998 hat die Zedentin Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der steuerlichen Beratung an den Kläger abgetreten. Dieser begehrt im vorliegenden Rechtsstreit

die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet sei, ihm denjenigen Schaden zu ersetzen, welcher der Zedentin an erhöhten Einkommensteuerzahlungen für die Jahre 1990 bis 1993 entstanden sei, weil er sie über den nach § 143 Abs. 3 AO notwendigen Inhalt der Aufzeichnungen zum Wareneingang nicht unterrichtet habe.

Das Landgericht hat das im ersten Rechtszug als Leistungsklage formulierte Klagebegehren als unzulässig angesehen. Das Berufungsgericht hat der auf ein Feststellungsbegehren umgestellten Klage mit der Einschränkung entsprochen, dass der Beklagte dem Kläger den Schaden zur Hälfte zu ersetzen habe. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die vollständige Abweisung der Klage.

Das Rechtsmittel hat Erfolg; die Klage ist unbegründet.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Dem Kläger stehe der abgetretene Schadenersatzanspruch dem Grunde nach zu. Im ersten Beratungsgespräch am 6.4.1989 habe die Zedentin eine Reihe von Quittungen dabei gehabt. Sie habe unter Bezugnahme hierauf die Frage gestellt, ob die quittierten Beträge als Betriebsausgaben abgesetzt werden könnten. Der Beklagte habe diese Frage bejaht, ohne darüber zu belehren, welche Einzelangaben nach § 143 Abs. 3 AO notwendig seien, damit das Finanzamt die Barquittungen anerkenne. Damit habe der Beklagte seine Pflicht zur steuerlichen Beratung verletzt.

Die Zedentin treffe jedoch an der Verursachung des Schadens ein **Mitverschulden von 50%**. Die Zedentin könne auch jetzt noch im Rahmen des steuerlichen Rechtsmittelverfahrens die Namen und Anschriften ihrer Lieferanten benennen. Die Benennung hätte zur Folge, dass möglicherweise keine oder nur geringere Nachforderungen auf die Zedentin zukämen.

II.

Diese Erwägungen vermögen einen Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten – auch einen hälftigen – nicht zu rechtfertigen.

1. Gegen die Zulässigkeit der nur noch im Streit befindlichen Feststellungsklage bestehen keine Bedenken. Soweit die Revision im Anschluss an die landgerichtliche Entscheidung Zweifel an der Abtretbarkeit des ursprünglich gegen den Beklagten gerichteten Befreiungsanspruchs der Zedentin an den Kläger äußert (vgl. BGHZ 12, 136, 141; BGH, Urt. v. 12.3.1993 – V ZR 69/92, WM 1993, 1557, 1559), ist über diesen Anspruch nicht mehr zu entscheiden. Der Schaden, der dem Beklagten angelastet wird und den der Kläger festgestellt wissen will, ist mit der Bekanntgabe der nachteiligen Änderungsbescheide an die Zedentin im Jahre 1997 entstanden (vgl. BGHZ 119, 69, 73; 129, 386, 388; BGH, Urt. v. 27.11.1997 – IX ZR 141/96, WM 1998, 779, 780). Der Schadenersatzanspruch konnte mithin am 20.2.1998 an den Kläger abgetreten werden.

2. Der Beklagte hat als Steuerberater im Rahmen seines Auftrags seinen Mandanten **umfassend zu beraten** und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen muss er den sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten. **Er hat den Mandanten in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen zu wahren und eine Fehlentscheidung vermeiden zu können** (BGHZ 129, 386, 396; BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 302).

a) **Betriebsausgaben, die durch Barquittungen nachgewiesen werden sollen, werden nur unter strengen Voraussetzungen anerkannt.** Nach § 160 AO sind sie steuerlich regelmäßig nicht zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige dem Verlangen der Finanzbehörde nicht nachkommt, die Empfänger genau zu benennen. **Durch diese Regelung soll sichergestellt werden, dass nicht nur bei dem Steuerpflichtigen der steuermindernde Posten, sondern auch beim Geschäftspartner der korrespondierende steuererhöhende oder -begründende Posten berücksichtigt wird** (vgl. BFH/NV 1996, 802; Tipke/Kruse, AO und FGO 16. Aufl., § 160 AO Rdnr. 3).

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs gilt dies auch für Zahlungen, die den Wareneinkauf betreffen (BFH, BStBl II 1986, 318, 320). Diese Regelung läuft auf eine Art Gefährdungshaftung hinaus (vgl. BFH/NV 1993, 633, 634). **Wer sich darauf einlässt, dass sein Geschäftspartner seine Identität nicht preis-**

gibt, oder wer seinen Gläubiger oder Leistungsempfänger zwar kennt, ihn aber gleichwohl nicht nennt, gefährdet den Steueranspruch, den der Fiskus gegen den Gläubiger und Empfänger hat (BFH/NV 1999, 698, 699; Tipke/Kruse, a.a.O.). Nach Sinn und Zweck der Bestimmung muss die Benennung des Empfängers so genau sein, dass seine Person ohne besondere Schwierigkeiten bestimmt und ermittelt werden kann. Im Regelfall ist es daher erforderlich, dass der zutreffende (volle) Name und die richtige Adresse angegeben werden, so dass der Empfänger ohne weiteres erreicht werden kann (BFH/NV 1993, 633, 634; 1996, 801, 802).

b) Nach den von der Revision hingenommenen Feststellungen des Berufungsgerichts waren die im vorausgegangenen Zeitraum der Zedentin erteilten Barquittungen Gegenstand der Besprechung vom 6.4.1989, sei es, dass sie unmittelbar vorlagen, sei es, dass die Zedentin ihren Inhalt mit Worten beschrieben hat. In beiden Fällen hätte der Beklagte erkennen können und müssen, dass die Quittierung von Barzahlungen erheblichen Umfangs auf den üblichen Quittungsformularen, die nicht einmal zwingend ein besonderes Feld für die Angabe der Anschrift des Zahlungsempfängers enthalten, steuerrechtlich in hohem Maße risikobehaftet war.

Denn diese Handhabung des Wareneinkaufs entsprach ersichtlich nicht den Anforderungen der §§ 143 Abs. 3 Nr. 2, 160 Abs. 1 AO. Der Beklagte hätte deshalb bereits im April 1989 darauf dringen müssen, dass die Zedentin die Abwicklung ihrer Geschäfte den steuerlichen Erfordernissen anpasse.

3. Dieses Versäumnis führt jedoch nicht bereits zur Haftung des Beklagten. Seine Schadenersatzpflicht setzt u.a. weiter voraus, dass der Zedentin ein **Schaden im Rechtssinne** entstanden ist, **also ein Nachteil infolge des Verlustes oder der Vorenthaltung einer Vermögensposition, die ihr nach der Rechtsordnung zustand** (vgl. BGHZ 125, 27, 34; 145, 256, 259; BGH, Urt. v. 28.9.1995 – IX ZR 158/94, WM 1995, 2075, 2077). **Hatte die Zedentin nach der materiellen Rechtslage keinen Anspruch auf die Absetzung der quittierten Beträge, so fehlt ein ersatzfähiger Schaden.**

a) Nach § 4 Abs. 4 EStG sind Betriebsausgaben die Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst sind. Berücksichtigungsfähig können daher überhaupt nur tatsächlich erbrachte Aufwendungen („gezahlte Ausgaben“) sein

(vgl. BFH, BStBl II 1981, 333, 336; BFH/NV 1993, 633, 634; Schmidt/Heinicke, EStG 20. Aufl., § 4 Rdnr. 472, § 11 Rdnr. 12 und Rdnr. 30 Stichwort „Barzahlung“). Steht dagegen fest, dass die Ausgaben nicht gemacht, sondern fingiert worden sind, ist § 160 AO nicht anwendbar. Die Nichtabzugsfähigkeit ergibt sich dann daraus, dass § 4 Abs. 4 EStG nicht erfüllt ist (Tipke/Kruse, a.a.O., § 160 AO Rdnr. 4).

Wie die Revision mit Recht rügt, trifft das Berufungsgericht zu den Ausgaben der Zedentin für Paletten und Gitterboxen keine Feststellungen. Im unstreitigen Teil des Tatbestandes des Berufungsurteils ist hierzu lediglich ausgeführt, die Zedentin betreibe einen Handel mit gebrauchten Paletten und Gitterboxen, die sie erwerbe und weiterveräußere. In den Entscheidungsgründen knüpft das Berufungsgericht unter II. 3. an die „geltend gemachten Betriebsausgaben“ an und unterstellt damit, dass den umstrittenen Barquittungen entsprechende Lieferungen zugrunde lagen.

Dies hatte der Beklagte in den Vorinstanzen ausdrücklich bestritten (Schriftsätze vom 2.7.1998, 3.5.1999 und 13.7.1999). Für das Revisionsverfahren ist deshalb davon auszugehen, dass die von dem Kläger behaupteten Ausgaben nicht angefallen sind.

b) Auf dieser tatsächlichen Grundlage durfte das Berufungsgericht, was die Revision mit Recht rügt, die von dem Kläger begehrte Feststellung nicht aussprechen. Denn der Auftraggeber hat für einen Regressanspruch gegen seinen steuerlichen Berater Art und Höhe des geltend gemachten Schadens darzulegen und gemäß § 287 ZPO zu beweisen (BGHZ 129, 386, 400; BGH, Urt. v. 27.5.1993 - IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516; Zugehör, WM-Sonderbeil. 4/2000, S. 19 unter b)). Ohne Feststellungen zum Schaden beruht das Berufungsurteil auf der rechtsfehlerhaften Überbürdung der Darlegungs- und Beweislast auf den Beklagten. Es ist daher aufzuheben.

III.

Der Rechtsstreit ist zur Endentscheidung im Sinne einer Klageabweisung reif, ohne dass weitere Feststellungen zu treffen sind. **Insbesondere kann dahinstehen, ob die Zedentin - wie der Kläger unter Beweisantritt vorträgt - die im Kassenbuch verzeichneten und durch die streitigen Barquittungen belegten Zahlungen für Paletten und Gitterboxen tatsächlich aufgewandt hat.**

1. Die Feststellung des Berufungsgerichts, die Zedentin hätte nach Durchführung der Außenprüfung und vor Erlass der Änderungsbescheide die Namen und Anschriften ihrer Lieferanten benennen können, lässt die Haftung des Beklagten nach § 254 Abs. 2 BGB vollständig entfallen.

a) Die gegen diese Feststellung des Berufungsgerichts erhobene Gegenrüge greift nicht durch. Das Berufungsgericht brauchte die Zeugin F. zu der Behauptung des Klägers nicht zu hören, der Ankauf bis Januar 1992 sei ausschließlich über N. erfolgt und der Zeugin sei bis zu dessen Tod im Januar 1992 unbekannt geblieben, wer als Ankäufer bei den einzelnen Geschäften aufgetreten sei. Das Berufungsgericht hat nämlich weiter festgestellt, die Zeugin sei nach dem Tod des N. von denselben Personen beliefert worden wie zuvor, und hat ferner berücksichtigt, **dass die Zeugin - nach dem eigenen Vorbringen des Klägers - bei dem Ankauf der Waren selbst zugegen gewesen sei. Der Hinweis auf die Vertragsabwicklung bis Januar 1992 stellt deshalb die Kenntnis der Zeugin von den Namen und Anschriften der Lieferanten nicht in Frage.**

b) **Der Geschädigte hat grundsätzlich im Rahmen des § 254 BGB geeignete und zumutbare Rechtsbehelfe zu ergreifen, um den ihm drohenden Schaden abzuwenden oder zu mindern** (BGHZ 90, 17, 32; BGH, Urt. v. 23.5.1991 - III ZR 73/90, NJW-RR 1991, 1458; v. 20.1.1994 - IX ZR 46/93, WM 1994, 948, 949). Soweit der Mitverschuldensvorwurf reicht, kann das Schadenersatzbegehren auch in vollem Umfang unbegründet sein (vgl. BGH, Urt. v. 23.5.1991, a.a.O., 1459).

Ein die Haftung ausschließendes Mitverschulden kann sich auch daraus ergeben, dass der Geschädigte sich darauf beschränkt, sich gegenüber der Behörde Einwendungen vorzubehalten, ohne die von dieser geforderten tatsächlichen Angaben nachzuholen. So liegt der Fall hier.

c) Gemäß § 96 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 FGO ist § 160 AO im finanzgerichtlichen Verfahren entsprechend anwendbar. Daraus ergibt sich nach allgemeiner Auffassung u.a., dass der Steuerpflichtige die von der Finanzbehörde verlangte Angabe des Gläubigers oder Empfängers sogar noch vor den Finanzgerichten nachholen kann (BFH, BStBl II 1986, 318, 320; Klein/Rüsken, § 160 AO Rdnr. 31; Tipke/Kruse, a.a.O., § 96 FGO Rdnr. 55). Dann war dies erst recht im Besteuerungsverfahren möglich.

Die Zedentin hätte deshalb, nachdem der Betriebsprüfer die Rechnungserstellung in der Schlussbesprechung der Außenprüfung vom 11.12.1996 beanstandet hatte, die Empfänger der Betriebsausgaben auf das Verlangen der Finanzbehörde hin mit vollem Namen und der Adresse so genau bezeichnen müssen, dass sie ohne eigene (zusätzliche) Ermittlungen der Finanzbehörde hätten festgestellt werden können (vgl. BFH/NV 1993, 633, 634; 1996, 801, 802; BFH, BStBl II 1996, 51, 52; Klein/Rüsken, a.a.O., § 160 AO Rdnr. 7; Tipke/Kruse, a.a.O., § 160 AO Rdnr. 16). Die Angaben waren, weil sie ohne weiteres nachgeholt werden konnten, auch Erfolg versprechend.

d) Sie waren der Zedentin auch zumutbar. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs begründet der Einkauf von Waren, die von einer namentlich nicht bekannten Person geliefert wurden, den Verdacht auf Schwarzmarktgeschäfte und legt die Annahme nahe, dass die Nichtbenennung des Empfängers der Zahlungen diesem die Nichtversteuerung seiner Gewinne sichern soll (vgl. BFH, BStBl II 1986, 318, 320; Tipke/Kruse; a.a.O., § 160 AO Rdnr. 8). Dies gilt insbesondere dann, wenn die Gesamtheit der streitigen Zahlungen – wie hier mit ca. 2 Mio. DM in dem Zeitraum von vier Jahren – so hoch liegt, dass mögliche Steuerverkürzungen gewichtiger zu bewerten sind als der Arbeitsaufwand des Steuerpflichtigen bei der Benennung der Empfänger (hier: 12 Personen) und als das Interesse dieser Empfänger, ihre Wohnsitzfinanzämter nicht zu unterrichten (vgl. BFH, BStBl II 1989, 995, 996).

Besondere Umstände, die das Verlangen nach Empfängerbenennung ausnahmsweise als unzumutbar erscheinen lassen (vgl. hierzu Tipke/Kruse, a.a.O., § 160 AO Rdnr. 11 f), wurden von dem Kläger in den Tatsacheninstanzen nicht vorgebracht. Insbesondere entbinden ungewöhnliche Marktverhältnisse und allgemeine Unsitten den Steuerpflichtigen nicht davon, sich nach den Gepflogenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsverkehrs zu richten, sich notfalls im Nachhinein über die Identität der Zahlungsempfänger zu vergewissern und diese den Finanzbehörden preiszugeben (vgl. BFH, BStBl II 1989, 995, 996).

2. Daran ändert es im Ergebnis nichts, dass Feststellungen zu der Höhe der von dem Kläger behaupteten Aufwendungen für den Einkauf der Paletten und Gitterboxen fehlen. Die Frage, ob dem Mandanten infolge eines Beratungsfehlers

ein ersatzfähiger Schaden entstanden ist, hat der Regressrichter grundsätzlich unter Einbeziehung der im maßgebenden Zeitpunkt geltenden höchstrichterlichen Rechtsprechung zu entscheiden (BGHZ 145, 256, 261 ff). Nach der danach einschlägigen ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, die schon zu der Vorgängervorschrift des § 205a RAO entwickelt wurde (vgl. BFHE 70, 447, 448 f; 128, 1, 4; BFH, BStBl II 1981, 333, 336), ist es für die Anwendung des § 160 AO unerheblich, ob das Finanzamt oder das Finanzgericht von der Verausgabung der geltend gemachten Aufwendungen überzeugt ist oder nicht (vgl. BFHE 128, 1, 4; BFH, BStBl II 1989, 995, 996; 1998, 51, 53; BFH/NV 1993, 633, 634; BT-Drucks. VI 1982, S. 146; Tipke/Kruse, a.a.O., § 160 AO Rdnr. 4).

IV.

Der Senat hat daher in der Sache abschließend zu entscheiden (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO a.F.). Die Klage ist als unbegründet abzuweisen. Der Senat ist an der getroffenen sachlichen Entscheidung nicht durch den vorausgegangenen Verfahrensgang gehindert. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann das Rechtsmittelgericht ein die Klage als unzulässig abweisendes Prozessurteil auch dann durch ein sachabweisendes Urteil ersetzen, wenn nur der Kläger das (erste) Rechtsmittel eingelegt hat. Denn durch die Abweisung der Klage als unzulässig ist dem Kläger keine Rechtsposition irgendwelcher Art zuerkannt worden (BGHZ 23, 36, 50; BGH, Urt. v. 21.4.1988 – VII ZR 372/86, NJW 1988, 1982, 1983).

Anmerkung Dr. Gräfe:

Das Urteil bestätigt, dass der Steuerberatungsvertrag ein mitwirkungsbedürftiger Vertrag ist. Bei einem Buchführungsmandat muss der Steuerberater sich darauf verlassen können, dass der Mandant in seinem Betrieb vollständige Grundaufzeichnungen führt und Belege sammelt. Hier liegt dessen Mitverschulden aber nicht in der Führung nicht ordnungsgemäßer Kassenaufzeichnungen, sondern im Unterlassen, den Schaden abzuwenden oder zu mindern.

Der BGH meint zu Recht, dass es in diesem Fall Aufgabe jedes Gewerbetreibenden ist, die Zahlungsempfänger zu ermitteln. Dies gilt insbesondere, wenn es sich um einen überschaubaren Kreis von nur 12 Personen und Zahlungsbeträge von ca. 2 Mio. DM handelt.

Das die Haftung ausschließende Mitverschulden liegt demnach immer dann vor, wenn der Mandant die Möglichkeit hat, geforderte, tatsächliche Angaben gegenüber dem Finanzamt nachzuholen, dies aber unterlässt. Das dadurch entstehende steuerliche Risiko kann er nicht auf den Steuerberater abwälzen.

Versicherungsschutz

- Bindungswirkung des Haftpflichturteils
 - Deckungsversagung
- (BGH, Urt. v. 17.7.2002 - IV ZR 268/01)

Leitsatz:

Dem Haftpflichtversicherer ist es wegen der Bindungswirkung des Haftpflichturteils verwehrt, sich im Deckungsprozess auf eine andere schadenverursachende Pflichtverletzung als im Haftpflichtprozess angelastet zu berufen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nahm die Beklagte auf Deckungsschutz aus einer mit ihr abgeschlossenen Haftpflichtversicherung für Rechtsanwälte in Anspruch. Dem Vertrag lagen die AVB der Beklagten für die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung von Rechtsanwälten und Patentanwälten (im Folgenden: AVB) zugrunde.

Am 8.9.1992 beauftragte eine Mandantin den Kläger mit der Durchsetzung ihrer Schadenersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom 22.1.1990 gegen die X-Versicherung sowie aus einem weiteren Verkehrsunfall vom 9.8.1992 gegen die Y-Versicherung. Wegen der Ansprüche gegen die X-Versicherung ließ der Kläger im Juni 1993 beim Landgericht durch einen dort zugelassenen Kollegen Klage einreichen. Sie wurde nicht zugestellt, weil der Gerichtskostenvorschuss nicht eingezahlt wurde. Am 3.8.1995 wurde die Klage auf Veranlassung des Klägers zurückgenommen. Eine erneute Klage wurde nicht eingereicht. Die X-Versicherung berief sich inzwischen auf Verjährung. Auch die Y-Versicherung erhob die Einrede der Verjährung.

Die Mandantin nahm den Kläger wegen fehlerhafter Bearbeitung der beiden Verkehrsunfallsachen auf Schadenersatz in Anspruch. Sie erhob im Mai 1999 Klage beim Landgericht.

Wegen des materiellen Schadens verlangte sie Zahlung von 445.491,88 DM, ferner Ersatz für ein entgangenes Schmerzensgeld von mindestens 50.000 DM sowie die Feststellung der Ersatzpflicht für künftige materielle und immaterielle Schäden.

Das Landgericht wies durch rechtskräftig gewordenen Urteil vom 30.3.2000 Ansprüche aus dem Mandat gegen die Y-Versicherung ab, weil der Unfall vom 9.8.1992 nach dem eigenen Vortrag der (dortigen) Kläger zu keinen weiteren nachteiligen Folgen geführt habe. Hinsichtlich des Mandats gegen die X-Versicherung nahm das Landgericht eine Haftung des Klägers an und erklärte die Zahlungsanträge dem Grunde nach für gerechtfertigt und stellte die Ersatzpflicht des Klägers für künftige Schäden fest.

Der Kläger verlangte von der Beklagten Deckungsschutz wegen der von der Mandantin gegen ihn erhobenen Ansprüche aus beiden Unfallangelegenheiten. Die Beklagte stützte ihre Ablehnung auf § 4 Nr. 5 AVB. Danach bezog sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schadenverursachung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung.

Das Landgericht hat die Klage hinsichtlich des zweiten Verkehrsunfalls schon deshalb abgewiesen, weil insoweit die Klage im Haftpflichtprozess abgewiesen worden sei. Hinsichtlich der Bearbeitung des Mandats wegen der Ansprüche gegen die X-Versicherung hat es Leistungsfreiheit der Beklagten wegen wissentlicher Pflichtverletzung angenommen. Die Berufung des Klägers hat keinen Erfolg gehabt.

Mit der Revision erstrebte er Deckungsschutz nur noch wegen der Ansprüche, die gegen ihn aus der Bearbeitung der Unfallsache gegen die X-Versicherung erhoben wurden. Die Revision des Klägers führte im beantragten Umfang zur Aufhebung und zur Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht nimmt an, der Versicherungsschutz sei nach § 4 Nr. 5 AVB wegen einer wissentlichen Pflichtverletzung des Klägers ausgeschlossen.

Aus seinem vorgerichtlichen Schreiben vom 22.6.1998 an die Beklagte ergebe sich, dass ihm das die Hemmung der Verjährung beendende Ablehnungsschreiben der X-Versicherung vom 5.4.1992 jedenfalls im Jahr 1995 vorgelegen habe. Daraus folge, dass er **spätestens bis zum 5.4.1995 hätte tätig werden müssen**, um die Verjährung des Schadenersatzanspruchs seiner Mandantin sicher zu verhindern.

Nach dem von ihm nicht substantiiert bestrittenen Vortrag der Beklagten sei ihm bekannt gewesen, dass er im Hinblick auf das Ablehnungsschreiben vom April 1992 verjährungsunterbrechende Handlungen hätte vornehmen müssen; ihm sei bewusst gewesen, in dieser Richtung nichts unternommen zu haben.

II.

1. Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung schon deshalb nicht stand, weil das Berufungsgericht keine Feststellungen dazu getroffen hat, welche konkrete objektive Pflichtverletzung, die den Eintritt des Versicherungsfalls unmittelbar herbeigeführt hat, dem Kläger im rechtskräftigen Haftpflichturteil angelastet worden ist. **Wegen der Bindungswirkung des Haftpflichturteils ist es der Beklagten verwehrt, sich im Deckungsprozess auf eine andere schadenverursachende Pflichtverletzung zu berufen** (vgl. dazu Senat v. 20.6.2001 – IV ZR 101/00, VersR 2001, 1103 unter II. 2. m.w.N.).

2. Aus dem Parteivortrag in den Tatsacheninstanzen geht hervor, dass das Berufungsgericht seine Entscheidung jedenfalls auf eine andere Pflichtverletzung gestützt hat als die, die dem Kläger in der Haftpflichtklage vorgeworfen worden ist.

Der von der Beklagten vorgelegten Abschrift der Klage ist zu entnehmen, dass dem Kläger als unmittelbar schadenverursachendes Fehlverhalten angelastet worden ist, im Hinblick auf ein Ablehnungsschreiben der X-Versicherung vom 21.9.1992 nicht spätestens im August 1995 erneut Klage eingereicht zu haben.

Das im Haftpflichtprozess ergangene Urteil befindet sich nicht bei den in den Tatsacheninstanzen angefallenen Akten. Die Akten des Haftpflichtprozesses hatte das Berufungsgericht zwar angefordert, aber nicht erhalten, weil sie sich im Verfahren über die Höhe des Anspruchs beim Sachverständigen befanden.

III.

Das Berufungsgericht wird deshalb auf der Grundlage der Feststellungen im Haftpflichturteil erneut zu prüfen haben, ob dem Kläger eine wissentliche Pflichtverletzung anzulasten ist. Diese im Revisionsverfahren vorgelegte Entscheidung stützt die Verurteilung des Klägers darauf, dass er im Hinblick auf das Ablehnungsschreiben der X-Versicherung vom 21.9.1992 nicht bis spätestens 25.9.1995 die Unterbrechung der Verjährung durch eine erneute Klage herbeigeführt habe.

(...)

Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
 - Teilschaden
 - Verjährungsbeginn
 - Verjährungsverzicht
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.12.2002 – 23 U 240/01)

Leitsätze:

1. Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Steuerberater auf Schadenersatz aus dem Vertragsverhältnis verjährt gemäß § 68 StBerG in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch ist in diesem Sinne entstanden, wenn dem Auftraggeber infolge einer schuldhaften Pflichtverletzung ein Schaden entstanden ist, was bei einer fehlerhaften Beratung des Steuerberaters in einer Steuerangelegenheit vor einer Entscheidung der Finanzbehörde mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids der Fall ist. Auf die Bestandskraft oder die Unanfechtbarkeit des Bescheids kommt es für den Verjährungsbeginn nicht an.

2. Mit der Entstehung irgendeines (Teil-)Schadens beginnt der Lauf einer einheitlichen Verjährungsfrist für den Anspruch auf Ersatz dieses Schadens sowie aller weiteren adäquat verursachten, zurechen- und voraussehbaren Nachteile. Dieser einheitliche Verjährungsbeginn ist auch nicht dadurch in Frage gestellt, dass der Steuerberater eine weitere Pflichtverletzung begeht, die mit der allgemeinen Vertragspflicht des Steuerberaters zusammenhängt, von ihm verursachte Nachteile seines Mandanten abzuwenden oder wenigstens zu mindern.

3. Eine nach Eintritt der Verjährung abgegebene Erklärung des Schuldners (Steuerberaters), auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, ist jedenfalls nach dem bis zum 31.12.2001 geltenden Recht wirkungslos, wenn der Schuldner mit ihr nur eine vermeintlich noch laufende Verjährungsfrist verlängern, nicht aber auf das bereits entstandene Leistungsverweigerungsrecht aus § 222 Abs. 1 BGB verzichten wollte.

4. Dem Steuerberater ist es in der Regel nicht nach Treu und Glauben, § 242 BGB, deshalb verwehrt, sich mit Erfolg auf die Verjährung zu berufen, weil er seinen Mandanten durch eine finanzgerichtliche Anfechtung des belastenden Steuerbescheids von einer rechtzeitigen Klageerhebung im Regressprozess abgehalten hätte.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die Beklagte als Steuerberatungsgesellschaft auf Schadenersatz mit der Begründung in Anspruch, die Beklagte habe sie fehlerhaft zu den steuerlichen Auswirkungen einer beabsichtigten Betriebsaufgabe beraten und sie im anschließenden finanzgerichtlichen Verfahren fehlerhaft vertreten.

Der Kläger zu 1), der zusammen mit der Klägerin zu 2) zur Einkommensteuer veranlagt wird, war bis Ende 1989 Inhaber einer Gärtnerei, die sich auf einem ihm gehörenden Grundstück befand. Im Jahre 1989 teilte der Kläger zu 1) – von der Beklagten entsprechend steuerlich beraten – das Grundstück zum Zwecke der Betriebsaufgabe: Er veräußerte einen Teil, einen Teil mit einem Wohnhaus behielt er zu privaten Zwecken und auf einem weiteren Teil betrieb er ab Anfang 1990 einen Blumenhandel.

Die Beklagte beriet den Kläger zu 1) dahin, dass dies die Voraussetzungen einer Betriebsaufgabe gemäß § 16 EStG erfülle, was eine Privilegierung des Veräußerungsgewinns gemäß § 34 EStG zur Folge habe. Das Finanzamt erkannte eine vollständige Betriebsaufgabe nicht an und legte dem Einkommensteuerbescheid vom 6.8.1991 für den Veranlagungszeitraum 1990 den nicht ermäßigten Veräußerungsgewinn zugrunde.

Der dagegen eingelegte Einspruch der Kläger wurde mit Bescheid vom 22.7.1992 zurückgewiesen, die anschließende Klage blieb im Wesentlichen erfolglos. Das Finanzgericht änderte den Einkommensteuerbescheid lediglich geringfügig insoweit, als es von dem zu berücksichtigenden

Veräußerungsgewinn die mit der Veräußerung zusammenhängenden Kosten abzog. Die Neuberechnung der Einkommensteuer auf dieser Grundlage übertrug es dem Finanzamt.

Nach rechtskräftigem Abschluss des gerichtlichen Verfahrens nahm das Finanzamt mit Bescheid vom 30.7.1998 die Neuberechnung der Einkommensteuer vor. Hiergegen legte die Beklagte namens der Kläger unter dem 25.8.1998 Einspruch ein, mit dem sie versuchte, die Steuerfreiheit des Veräußerungsgewinns doch noch zu erreichen. Zur Begründung führte sie an, die Bilanz für das Jahr 1990 sei zu ändern und mit dem Veräußerungsgewinn sei gemäß § 6b EStG eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage zu bilden. Der Einspruch wurde zurückgewiesen, weil dies – so das Finanzamt – nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens über die Einkommensteuer 1990 nicht mehr geltend gemacht werden könne.

Die Beklagte beabsichtigte, gegen diesen Bescheid vom 23.9.1998 Klage beim Finanzgericht einzureichen. Der Kläger zu 1) machte – zuvor entsprechend anwaltlich beraten – seine Zustimmung zur erneuten Klageerhebung davon abhängig, dass die Beklagte auf die Einrede der Verjährung der Regressansprüche verzichte. Die Beklagte gab sodann am 23.10.1998 eine schriftliche Erklärung ab, in der es u.a. heißt:

„Ferner erkläre ich, keine Einrede der Verjährung wegen Regressansprüchen aus dem Mandatsverhältnis bis Ende 1999 zu erheben.“

Die Beklagte reichte an demselben Tag (23.10.1998) die Klage beim Finanzgericht ein.

Ende 1999 holte der Kläger zu 1) erneut anwaltlichen Rat ein und wandte sich wegen einer Verlängerung des Verzichts an die Beklagte, die daraufhin unter dem 29.12.1999 die folgende schriftliche Erklärung abgab:

„Ich nehme Bezug auf meine Erklärung vom 23.10.1998 und erkläre, dass der Verzicht auf die Einrede der Verjährung bis zum Ende des Jahres 2000 verlängert wird.“

Das Finanzgericht wies die Klage im Frühjahr 2000 ab.

Die Kläger haben die Ansicht vertreten, die Beklagte habe zwei Pflichtverletzungen begangen: Zum einen habe sie über die steuerrechtlichen Voraussetzungen einer Betriebsaufgabe falsch

beraten, zum anderen habe sie es versäumt, rechtzeitig, nämlich im Wege eines Hilfsantrags im ersten finanzgerichtlichen Verfahren, die Bildung einer den Gewinn mindernden Rücklage geltend zu machen.

Der Anspruch sei auch nicht verjährt, weil die Verjährungsfrist erst mit Beendigung des Einzelmandats im Jahre 2000 zu laufen begonnen habe. Die Feststellungsklage sei deshalb geboten und zulässig, weil die Beklagte entgegen einer Zusage den Schaden der Kläger noch nicht vollständig ermittelt und die versprochene Schadenberechnung noch nicht vorgelegt habe.

(Anträge ...)

Die Beklagte hat sich auf Verjährung berufen und die Ansicht vertreten, die Kläger hätten den Schaden nicht ausreichend dargelegt.

Das Landgericht hat der Klage hinsichtlich des Antrags zu 1. in – bis auf einen Teil des Zinsanspruchs – vollem Umfang stattgegeben. Hinsichtlich des Antrags zu 2. hat das Landgericht die Klage mit der Begründung als unzulässig abgewiesen, die Kläger hätten ihren Anspruch beziffern und im Wege der Leistungsklage verfolgen können; im Übrigen seien steuerliche Nachteile nach Festsetzung der Ertragsteuern nicht erkennbar.

Hiergegen richten sich die Berufungen beider Parteien, mit denen sie jeweils ihre erstinstanzlichen Anträge weiter verfolgen.

Die Kläger tragen zur Begründung vor, ihnen sei auch über die Einkommensteuer hinaus, auf die sich der Klageantrag zu 1. bezog, insbesondere hinsichtlich der Kirchensteuer ein Schaden entstanden, der mangels Schadenaufstellung des Beklagten noch nicht abschließend beziffert werden könne. Die Bezeichnung „Ertragsteuern“ in dem Antrag sei nicht wörtlich gemeint gewesen, was das Landgericht auch habe erkennen müssen. Im Übrigen bestehe keine allgemeine Subsidiarität der Feststellungs- gegenüber der Leistungsklage.

(Anträge ...)

Die Beklagte trägt zur Begründung vor, der Anspruch der Kläger sei verjährt. Hinsichtlich der ersten Pflichtverletzung (fehlerhafte Beratung hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen der Betriebsstilllegung) sei Verjährung im August 1997, hinsichtlich der zweiten Pflicht-

verletzung (fehlender Antrag auf Rücklagenbildung in dem ersten finanzgerichtlichen Verfahren) sei Verjährung im Januar 1999 eingetreten.

Auf die Verzichtserklärungen könnten die Kläger sich nicht berufen, weil der Geschäftsführer der Beklagten nicht das Bewusstsein gehabt habe, dass die Verjährung bereits eingetreten sei. Andernfalls hätte er sich niemals auf die Verzichtserklärungen eingelassen. Diese seien nämlich allein im Zusammenhang mit dem zweiten finanzgerichtlichen Verfahren abgegeben worden. Die Kläger hätten davor geschützt werden sollen, dass während dieses Verfahrens die Verjährungsfrist ablief. Außerdem sei nicht erkennbar, warum eine Bezifferung der weiteren Schadenersatzansprüche, die Grundlage des Feststellungsantrags sind, nicht möglich sein solle.

(Antrag ...)

Die Kläger sind der Auffassung, Verjährung ihrer Schadenersatzansprüche sei noch nicht eingetreten. Die Verjährungsfrist beginne nämlich nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs erst mit der Bestandskraft der belastenden Steuerbescheide, hier mit dem Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 7.10.1997, zu laufen. Dabei sei hier auch eine Sekundärverjährung zu berücksichtigen. Jedenfalls könnten sie – die Kläger – sich auf die Verzichtserklärungen der Beklagten vom 23.10.1998 und 29.12.1999 berufen.

Schließlich sei der Beklagten gemäß § 242 BGB die Berufung auf die Einrede der Verjährung auch deshalb verwehrt, weil ihr Geschäftsführer stets behauptet habe, ihm sei bei der steuerlichen Beratung zu der Betriebsaufgabe kein Fehler unterlaufen. Er habe weiter diesen Eindruck bei den Klägern dadurch verstärkt, dass er über Jahre ergebnislose Prozesse vor den Finanzgerichten geführt habe. Dadurch hätten sie – die Kläger – sich veranlasst gesehen, erst den Ausgang dieser Verfahren abzuwarten. (...)

Die zulässige Berufung der Beklagten hat in der Sache in vollem Umfang, diejenige der Kläger hat in der Sache keinen Erfolg. Das Landgericht hat der Klage zu Unrecht überwiegend stattgegeben. Sie ist in vollem Umfang, auch hinsichtlich des Feststellungsantrags zu 2., den das Landgericht zu Unrecht als unzulässig abgewiesen hat, unbegründet.

Der von den Klägern geltend gemachte Schadenersatzanspruch ist verjährt.

Aus den Gründen:

I.

Die Verjährung ist spätestens im August 1997 eingetreten, ohne dass die Kläger bis zu diesem Zeitpunkt verjährungsunterbrechende Maßnahmen ergriffen hätten. Die Beklagte ist auch weder wegen der abgegebenen Verzichtserklärungen noch aus Gründen von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB gehindert, sich auf die Einrede der Verjährung zu berufen.

1. Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Steuerberater auf Schadenersatz aus dem Vertragsverhältnis verjährt gemäß § 68 StBerG in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch ist in diesem Sinne entstanden, wenn dem Auftraggeber infolge einer schuldhaften Pflichtverletzung ein **Schaden entstanden** ist. Das ist nach der inzwischen gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bei einer fehlerhaften Beratung des Steuerberaters in einer Steuerangelegenheit vor einer Entscheidung der Finanzbehörde mit der **Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids** der Fall (BGHZ 119, 69, 73 = NJW 1992, 2766; BGHZ 129, 386, 388 = NJW 1995, 2108; BGH, NJW-RR 1998, 742, 743; Senat, GI 2002, 197 f).

Die Bestandskraft oder die Unanfechtbarkeit des Bescheids ist für den Verjährungsbeginn nicht erforderlich (BGH und Senat, a.a.O.). Mit der Bekanntgabe des ersten belastenden Steuerbescheids tritt nämlich ein erster, zur Entstehung des Schadenersatzanspruchs führender **Teilschaden** ein. Entgegen der Auffassung des Landgerichts ist nicht auf die Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung abzustellen.

a) Im vorliegenden Fall ist der **Einkommensteuerbescheid** für den Veranlagungszeitraum 1990, der den Gewinn aus der Grundstücksveräußerung als laufenden Ertrag bei den Einkünften von insgesamt 1.150.000 DM berücksichtigte, unter dem 6.8.1991 erlassen worden. Mangels abweichender Anhaltspunkte ist hier gemäß § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO von einer Bekanntgabe am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post, also jedenfalls noch im August 1991 auszugehen (vgl. Senat, Urt. v. 30.11.2001 - 23 U 18/01). Die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG lief daher im August 1994 ab.

b) Auf die so genannte **Sekundärverjährung**, die auch für Steuerberater gilt (BGHZ 83, 17, 23 ff; BGHZ 129, 386, 391; BGH, WM 2000, 1348, 1350), können die Kläger sich nicht mit Erfolg berufen. Dabei kann offen bleiben, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen, die die Rechtsprechung hierfür aufgestellt hat, im vorliegenden Fall gegeben sind. Die hieraus folgende weitere dreijährige Frist ist nämlich ebenfalls abgelaufen. Sie beginnt spätestens mit dem Ablauf der Primärverjährung zu laufen, hier also im August 1994, endete mithin im August 1997.

c) Bis zu diesem Zeitpunkt waren **keine verjährungsunterbrechenden Maßnahmen** ergriffen worden, **insbesondere unterbrach das finanzgerichtliche Verfahren die Verjährung nicht** (BGH, NJW 1996, 1895).

d) **Von der Verjährung ist der Anspruch der Kläger auch insoweit erfasst, als er auf eine weitere Pflichtverletzung der Beklagten im Verlauf des ersten finanzgerichtlichen Verfahrens (unterlassener Hilfsantrag auf Bildung einer Rücklage) gestützt wird.** Hierdurch ist kein weiterer Schaden entstanden, der Gegenstand eines eigenen, selbstständig verjährenden Schadenersatzanspruchs sein könnte. Da der aus einem bestimmten Ereignis erwachsene Schaden als ein einheitliches Ganzes aufzufassen ist, läuft nämlich eine **einheitliche** Verjährungsfrist für den Anspruch auf Ersatz dieses Schadens einschließlich aller weiteren adäquat verursachten, zurechen- und voraussehbaren Nachteile, sobald irgendein (Teil-)Schaden entstanden ist.

Danach kann die Verjährung bei einem sich nach und nach entwickelnden Schaden aus ein und derselben Verletzungshandlung bereits eingetreten sein, bevor sich ein späterer Folgeschaden einstellt (BGH, NJW 1998, 1488, 1489 m.w.N.; Senat, Urt. v. 5.2.2002, GI 2002, 197, 203; v. 29.10.2002 - 23 U 205/01; Zugehör, Handbuch der Anwaltschaft, Rdnr. 1245-1247, S. 680 zu „Spätschäden“).

Hier ging es auch bei der Rücklagenbildung letztlich nur darum, eine Steuerfreiheit des Gewinns aus der Veräußerung des Betriebsgrundstücks zu erreichen. Da die von dem Beklagten zunächst angedachte Konzeption einer Betriebsaufgabe zu scheitern drohte, hätte auf diese Weise wegen § 6b EStG mit einem entsprechenden Hilfsantrag im ersten finanzgerichtlichen Verfahren der Versuch unternommen werden können, das entsprechende Beratungsziel doch noch zu erreichen.

Dieser einheitliche Verjährungsbeginn ist auch nicht dadurch in Frage gestellt, **dass der Beklagte mit der Versäumung des Hilfsantrags im Prozess eine weitere Pflichtverletzung begangen hätte. Hierbei handelt es sich nicht um eine selbstständige schadenursächliche Pflichtverletzung, die die vorangegangene, in der fehlerhaften Gestaltungsberatung liegende schadenauslösende Pflichtverletzung gleichsam aufhob** und wegen ihrer Dauerwirkung eine neue Verjährung beginnen ließ.

Das Fehlverhalten der Beklagten im Prozess hängt vielmehr mit der allgemeinen Vertragspflicht des Steuerberaters zusammen, von ihm verursachte Nachteile seiner Mandanten abzuwenden oder wenigstens zu mindern, und ändert daher nichts an der einheitlichen Verjährungsfrist für sämtliche auf der vorangegangenen Pflichtverletzung beruhenden Folgeschäden (vgl. BGH, NJW 1998, 1488, 1489; Senat, Urt. v. 5.2.2002, GI 2002, 197, 203; v. 29.10.2002 - 23 U 205/01).

2. Der Geltendmachung der Einrede der Verjährung steht nicht entgegen, dass der Geschäftsführer der Beklagten mit Schreiben vom 23.10.1998 und 29.12.1999 hierauf **verzichtete. Beide Erklärungen sind rechtlich wirkungslos, weil die Beklagte mit ihnen nur eine noch laufende Verjährungsfrist verlängern, nicht aber auf das bereits entstandene Leistungsverweigerungsrecht aus § 222 Abs. 1 BGB verzichten wollte** (vgl. BGH, NJW 1996, 661, 663).

Die Beklagte hat ihre **Verzichtserklärungen nach Eintritt der Verjährung** im August 1997 abgegeben. Nach Eintritt der Verjährung kann der Schuldner grundsätzlich auf das daraus folgende Leistungsverweigerungsrecht verzichten (BGHZ 83, 382, 389; BGH, NJW 1996, 661, 663).

Ob der Schuldner einen derartigen Verzicht erklärt hat, ist durch **Auslegung** zu ermitteln. Dabei ist darauf abzustellen, wie der Empfänger die Willenserklärung nach Treu und Glauben verstehen musste, §§ 133, 157 BGB. Die Auslegung der Erklärungen des Geschäftsführers der Beklagten ergibt, dass dieser nicht den Verzicht, sich auf eine bereits eingetretene Verjährung zu berufen, sondern nur die Verlängerung einer vermeintlich noch laufenden Verjährungsfrist erklärt hat.

Die Erklärung vom 23.10.1998 enthält ebenso wenig wie die nachfolgende, hierauf Bezug nehmende Erklärung vom 29.12.1999 eine aus-

drückliche Klarstellung in der einen oder anderen Richtung. **Bereits der Wortlaut beider Erklärungen enthält jedoch einen Hinweis darauf, dass lediglich die Verlängerung einer laufenden Verjährungsfrist gewollt war.** Die Beklagte hat sich nämlich nur vorübergehend, d.h. befristet bis Ende 1999 bzw. Ende 2000, zu dem Entgegenkommen bereit gefunden, die Verjährung nicht geltend zu machen. Ein derartiger **befristeter Verzicht** ist, wie die Berufungserwiderung der Kläger zutreffend ausführt, das „tägliche Brot“ der Beteiligten.

Das betrifft aber in der Praxis in aller Regel noch laufende Verjährungsfristen. Den Beteiligten soll damit eine Prüfung der Ansprüche ermöglicht werden, ohne allein zum Zwecke der Verjährungsunterbrechung gegen den anderen Teil vorgehen zu müssen. Hierzu passt eine Befristung des Verzichts, die aber keinen rechten Sinn ergibt, wenn die Parteien von einer bereits eingetretenen Verjährung ausgehen.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Anlass für die Abgabe der Verzichtserklärungen entscheidende Bedeutung zu. Sie erfolgten nämlich im Zusammenhang mit der Entscheidung darüber, ob im Oktober 1998 erneut Klage zum Finanzgericht erhoben werden sollte. Die Beklagte gab die Verzichtserklärungen nur deshalb ab, weil der Kläger zu 1) nach anwaltlicher Beratung die Zustimmung zur Klageerhebung u.a. hiervon abhängig gemacht hatte, wie die Kläger erstinstanzlich ausdrücklich vorgetragen haben. Das entspricht auch der zeitlichen Abfolge, da an demselben Tag, an dem der Geschäftsführer der Beklagten die Verzichtserklärung abgab, die Klage beim Finanzgericht einging (23.10.1998).

Vor diesem Hintergrund kann ein befristeter Verzicht auf die Einrede der Verjährung aber nur dahin verstanden werden, **dass ein Eintritt der Verjährung während des nunmehr beginnenden finanzgerichtlichen Verfahrens vermieden sowie verhindert werden sollte, dass die Kläger während des noch anhängigen Verfahrens verjährungsunterbrechende Maßnahmen ergreifen mussten.** Die erneute Klage zum Finanzgericht sollte ja gerade mit Blick auf die nachträgliche Geltendmachung der Rücklagenbildung eine Abwendung des Schadens der Kläger erreichen.

Auch die Verlängerung des Verzichts mit der am 29.12.1999 abgegebenen Erklärung der Beklagten erfolgte nur vor dem Hintergrund, dass das

Notarhaftung

finanzgerichtliche Verfahren zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen war. Dafür, dass die Kläger selbst den **Zweck** der Verzichtserklärungen in einer Verlängerung einer laufenden Verjährungsfrist gesehen haben, spricht auch, dass sie noch in der Klageschrift die – unzutreffende – Auffassung vertreten haben, die Verjährungsfrist habe erst mit der Beendigung des Mandats im Mai 2000 zu laufen begonnen.

Ob die vom Bundesgerichtshof in dem bereits zitierten ganz vergleichbaren Fall (NJW 1996, 661) dargestellte Rechtsfolge (Wirkungslosigkeit einer derart beabsichtigten Verlängerung der Verjährungsfrist) nach dem seit 1.1.2002 geltenden Verjährungsrecht wegen § 202 BGB n.F. anders zu beurteilen ist, bedarf keiner Entscheidung, da auf den vorliegenden Fall wegen Art. 229 § 6 EGBGB das bis zum 31.12.2001 geltende Recht anzuwenden ist.

3. Der Beklagten ist es auch **nicht nach Treu und Glauben, § 242 BGB**, deshalb **verwehrt**, sich auf die Verjährung zu berufen, weil sie die Kläger durch Führen der finanzgerichtlichen Prozesse und Darstellung der Erfolgsaussichten von einer rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten hätte.

Der den Klägern bekannt gegebene Steuerbescheid vom 6.8.1991 gab ihnen ausreichend Anlass zu der Prüfung, ob der Steuernachteil auf einem Fehlverhalten der Beklagten beruht. Zusätzliche Erklärungen oder sonstige Gesichtspunkte, die das Verhalten der Beklagten als **treuwidrig erscheinen lassen könnten**, sind nicht ersichtlich.

II.

Die Klage ist hinsichtlich des Feststellungsantrags zu 2. zwar entgegen der Ansicht des Landgerichts zulässig. Die begehrte Feststellung hätte nämlich zu einer sinnvollen und sachgemäßen Erledigung der Streitpunkte geführt, weil anzunehmen ist, dass die Parteien über die Höhe des Anspruchs auch ohne erneute Leistungsklage eine Einigung erzielt hätten, nachdem die – jedenfalls in der Berufungsinstanz noch allein – streitige Frage der Verjährung geklärt worden ist.

Die Klage ist aber auch insoweit wegen der eingetretenen Verjährung unbegründet.

(...)

- Belehrungspflicht
 - Pfandfreigabe
 - Darlegungslast des Notars über Belehrung
 - Subsidiäre Haftung des Notars
 - Vorteilsanrechnung, Leistungen Dritter
- (OLG Saarbrücken, Urt. v. 27.3.2002 – 1 U 671/01)

Leitsätze:

1. Wird im Rahmen eines Grundstückskaufvertrages der Käufer ermächtigt, den Kaufpreis zum Zwecke der Pfandentlassung unmittelbar an die Pfandgläubigerin zu zahlen, so hat der beurkundende Notar über die Risiken einer Zahlung des Kaufpreises an die Verkäuferin vor Sicherstellung der Pfandentlassung durch die Pfandgläubigerin hinzuweisen.

2. Der Notar genügt seiner Substantiierungslast im Rahmen des so genannten Negativbeweises nicht durch eine nur floskelhafte und pauschale Behauptung einer eingehenden Belehrung.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den beklagten Notar auf Schadenersatz in Höhe von 100.000 DM wegen Verletzung von Aufklärungs- und Belehrungspflichten im Zusammenhang mit der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages in Anspruch.

Durch das angefochtene Urteil, auf dessen tatsächliche Feststellungen gemäß § 540 Abs. 1 Nr. 1 ZPO Bezug genommen wird, hat das Landgericht der Klage – unter Abweisung i.Ü. – in Höhe von 70.000 DM zzgl. 6,83% Zinsen seit dem 6.1.1998 stattgegeben. Gegen dieses Urteil richten sich die von beiden Parteien eingelegten Berufungen, die ohne Erfolg blieben.

Aus den Gründen:

1. Das Landgericht hat zu Recht dahin entschieden, dass die gegen den Beklagten erhobenen Schadenersatzansprüche jedenfalls in Höhe von 70.000 DM (zzgl. Zinsen) gerechtfertigt sind.

a) Eine entsprechende Schadenersatzpflicht des Beklagten folgt aus § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO, denn der Beklagte hat zumindest fahrlässig seine ihm der Klägerin gegenüber obliegenden Belehrungspflichten, die sich aus § 17 Abs. 1 BeurkG sowie § 14 BNotO ergeben, verletzt.

Nach § 17 Abs. 1 BeurkG soll der Notar den Willen der Beteiligten erforschen, den Sachverhalt klären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergeben. Diese Vorschrift soll gewährleisten, dass der Notar eine rechtswirksame Urkunde über den wahren Willen der Beteiligten errichtet.

Über diese sich aus § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG ergebenden Pflichten hinaus trifft den Notar nach gefestigter Rechtsprechung des BGH (vgl. BGH, NJW 1978, 219; VersR 1976, 730; NJW 1971, 1363; VersR 1961, 349; LM, § 17 BeurkG Nr. 8) im Rahmen der in § 17 Abs. 1 Satz 2 BeurkG bzw. nach neuerer BGH-Rechtsprechung in § 14 Abs. 1 BNotO niedergelegten, allgemeinen Betreuungspflicht auch die Verpflichtung, dann, wenn es sich um geschäftsunerfahrene Parteien handelt und einer Partei durch die beabsichtigte zu beurkundende Vereinbarung ein wirtschaftlicher Schaden droht, dessen sie sich erkennbar nicht bewusst ist, auf die Möglichkeit der Schädigung hinzuweisen und darüber zu belehren, wie diese mögliche Schädigung vermieden werden könnte.

Diese betreuende Belehrungspflicht entfällt erst dann, wenn der Notar mit Sicherheit annehmen kann, dass die Vertragsparteien die sich für sie ergebenden Gefahren erkennen; bereits Zweifel des Notars, ob dies der Fall ist, geben Anlass zu der erforderlichen Belehrung (OLG Düsseldorf v. 18.3.1982 - 18 U 248/81, DNotZ 1983, 55). Das Landgericht hat rechtsfehlerfrei angenommen, dass der Beklagte seinen Belehrungspflichten nicht hinreichend nachgekommen ist.

aa) Zwar lässt sich den Regelungen des notariellen Kaufvertrages durchaus entnehmen, dass der von der Klägerin zu einem Kaufpreis von 238.000 DM erworbene Miteigentumsanteil (inkl. Stellplatz) mit Grundpfandrechten in Höhe von 950.000 DM zugunsten der Volksbank Q. belastet war und unter Zuhilfenahme des Kaufpreises die lastenfreie Umschreibung des verkauften Miteigentumsanteiles herbeigeführt werden sollte. Dementsprechend wurde die Klägerin ermächtigt, „vorab aus der Kaufpreissumme an die Gläubigerin der vorerwähnten Belastungen den Betrag zu zahlen, von dessen Anschaffung diese die Durchführung der Pfandentlassungen abhängig macht“, d.h. zum Zwecke der Pfandfreigabe befreiend an die Pfandgläubigerin leisten zu dürfen.

Bereits diese gewählte Formulierung des Vertrages lässt für einen Laien keinesfalls die aus einer Zahlung an die Verkäuferin vor Sicherstellung der Pfandentlassung durch die Pfandgläubigerin resultierenden Risiken hinreichend erkennen. Insbesondere musste der Klägerin nicht klar sein, dass sie im konkreten Fall eine Pfandfreigabe jedenfalls risikolos nur erreichen konnte, wenn sie den Kaufpreis an die Pfandgläubigerin, die Volksbank Q., zahlte. Die in § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG statuierte Rechtsbelehrungspflicht fordert indes insbesondere auch eine Belehrung über die Wirkungen und Folgen sowie die Vollziehung und Abwicklung des Geschäftes (Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und Notars 6. Aufl., Abs. 2 Rz. 46 m.w.N.).

Das Vertragswerk lässt bereits eine klare Angabe dazu, dass der erste Teilkaufpreis von 100.000 DM und ggf. auch der Restkaufpreis auf ein Konto der Pfandgläubigerin zu zahlen ist, vermissen. Im Hinblick darauf, dass es sich um den Erwerb eines Miteigentumsanteils an einer sich noch im Bau befindlichen Eigentumswohnungsanlage einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft handelte, bei der erwartungsgemäß noch mit einer Valutierung der Grundpfandrechte zu rechnen war, wie sie sich letztlich auch bezogen auf den Miteigentumsanteil der Klägerin in voller Höhe bestätigte, hätte bereits zur Vermeidung von Risiken eine klare Regelung aufgenommen werden müssen, dass die Klägerin in Höhe der seitens der Pfandgläubigerin gestellten Forderungen ausschließlich an diese Zahlung erbringen wird.

Sofern mit der Konstruktion einer Ermächtigung der Klägerin dem Umstand Rechnung getragen werden sollte, dass zum Zeitpunkt der Beurkundung des Kaufvertrages dem Beklagten noch keine abschließenden Erkenntnisse darüber vorlagen, in welcher Höhe die eingetragenen Grundpfandrechte noch valutieren, hätte es eingehender Information und **Belehrung der Klägerin darüber bedurft, dass eine Pfandfreigabe nur, jedenfalls aber risikolos nur, durch eine Zahlung an das Kreditinstitut erreicht werden konnte.** (...)

bb) Das Ergebnis der Beweisaufnahme trägt nicht die Feststellung, dass der Beklagte diesen immanen Risiken durch ordnungsgemäße Belehrung und Information der Klägerin hinreichend begegnet ist. Auch der Inhalt der Fälligkeitsanzeige vom 1.10.1996 in Verbindung mit den näheren Umständen ihres Zugangs bei der Klägerin dient diesem Zweck nur unvollkommen.

Nach gefestigter Rechtsprechung des BGH trägt derjenige, der einen zur umfassenden Belehrung und Aufklärung Verpflichteten, hier einen Notar, auf Leistung von Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil dieser seine Pflichten nicht gehörig erfüllt habe, für dieses Unterlassen die Beweislast, auch wenn ihm damit der Beweis negativer Tatsachen aufgebürdet werde (BGH v. 16.10.1984 - VI ZR 304/82, MDR 1985, 395 = NJW 1985, 264 m.w.N.; v. 22.1.1986 - IVa ZR 105/84, MDR 1986, 652 = NJW 1986, 2570; v. 5.2.1987 - IX ZR 65/86, MDR 1987, 666 = NJW 1987, 1322; Borgmann/Haug, *Anwaltshaftung* 2. Aufl., 246, 247). (...)

Die Schwierigkeit des so genannten Negativbeweises ist dadurch zu beheben, dass die andere Partei nach Lage des Falles die Behauptungen substantiiert bestreiten und diejenige Partei, welche die Beweislast trägt, die Unrichtigkeit der Gegendarstellungen beweisen muss (BGH, *VersR* 1966, 1021; *WM* 1968, 1042; *OLG Karlsruhe*, *AnwBl* 1979, 64, 65; *Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 307 ff*).

Die Anforderungen an die Substantiierungspflicht des wegen unzureichender oder unrichtiger Belehrung in Anspruch genommenen Notars werden dabei durch die Umstände des Einzelfalles bestimmt. **Keinesfalls kann dieser sich damit begnügen, eine Pflichtverletzung zu bestreiten oder ganz allgemein zu behaupten, er habe den Mandanten ausreichend unterrichtet. Vielmehr muss er den Gang der Besprechung im Einzelnen schildern, insbesondere konkrete Angaben darüber machen, welche Belehrungen und Ratschläge er erteilt und wie der Mandant darauf reagiert hat** (BGH v. 22.1.1986 - IVa ZR 105/84, MDR 1986, 652 = NJW 1986, 2570; v. 5.2.1987 - IX ZR 65/86, MDR 1987, 666 = NJW 1987, 1322).

Bereits der Prozessvortrag des Beklagten genügt diesen Anforderungen nicht. Die von dem Beklagten dargelegte mündliche Belehrung, „dass der Kaufpreis vorab dazu zu verwenden ist, die Grundpfandrechte der Bank abzulösen und zur Löschung zu bringen“, bringt nicht hinreichend die rechtliche Tragweite und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich des Zahlungsadressaten zum Ausdruck. (...)

Mit einer pauschalen, nur floskelhaften Behauptung einer eingehenden Belehrung kann jedoch der Substantiierungslast des zur Aufklärung Verpflichteten nicht genügt werden.

Unabhängig davon ist auch das Beweisergebnis dem Beklagten ungünstig. (...)

Die Annahme des Landgerichts, der Beklagte habe zudem seine Amtspflichten dadurch verletzt, dass er die Erklärung über die Fälligkeit des Teilkaufpreises von 100.000 DM vom 1.10.1996 nicht klar und unmissverständlich abgefasst habe, begegnet keinen durchgreifenden Bedenken. (...)

Wenn der Beklagte die beabsichtigte Pfandfreigabe, obwohl eine Valutierung der Grundpfandrechte nahezu feststand, nicht in der Weise vollziehen wollte, dass der Kaufpreis zunächst auf ein Notaranderkonto gezahlt wird und bei Vorliegen der Pfandfreigabeerklärung an die Pfandgläubigerin weitergeleitet wird, hätte eine ausschließliche Zahlung der Klägerin an die Pfandgläubigerin durch besondere Hinweise und Warnungen sichergestellt werden müssen. (...)

b) Der Beklagte kann sich nicht mit Erfolg auf eine lediglich subsidiäre Haftung gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO berufen.

Der Grundsatz der Subsidiarität gilt nur, wenn – wie im Streitfall – dem Notar lediglich Fahrlässigkeit zur Last fällt und die Amtspflichtverletzung nicht ein Amtsgeschäft nach §§ 23, 24 BNotO betrifft (*Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 238 ff*). Solange die begründete Aussicht besteht, dass der Schaden in anderer Weise ersetzt wird, kann die Notarhaftung im Regelfall weder mit einer Leistungsklage noch mit einer Feststellungsklage durchgesetzt werden (BGH v. 2.7.1992 - IX ZR 174/91, MDR 1992, 1188 = *VersR* 1992, 1482).

Entscheidend ist dabei nicht, ob gegen einen anderen ein Rechtsanspruch auf Ersatz des Schadens besteht, sondern ob tatsächlich ein Ausgleich zu erlangen ist (BGH v. 2.7.1996 - IX ZR 299/95, MDR 1996, 1295 = *WM* 1996, 2071). **Ein begründeter Anspruch gegen einen vermögenslosen Dritten, von dem tatsächlich nichts „zu holen“ ist, kann demnach die Haftung des Notars nicht ausschließen.**

So liegt es im Streitfall. Dabei ist grundsätzlich für die Frage, zu welchem Zeitpunkt die anderweitige Ersatzmöglichkeit bestehen muss, auf den Zeitpunkt der Erhebung der Klage gegen den Notar abzustellen (RGZ 100, 128; BGH v. 24.6.1993 - IX ZR 84/92, MDR 1993, 1244 = *WM* 1993, 1896; *Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 253*). Nur wenn der Geschädigte eine früher bestehende Ersatzmöglichkeit schuldhaft versäumt hat, ist nach herrschender Meinung der Anspruch gegen den Notar gleichermaßen ausgeschlossen,

Steuerberaterhaftung

ebenso, als ob die anderweitige Ersatzmöglichkeit noch bestünde (*Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 255 ff m.w.N.*). Die Verkäuferin, die A.-GmbH, wurde ausweislich des vorgelegten Beschlusses des AG S. im Juni 1998 aufgelöst und befand sich bereits im Mai 1997 in dem Stadium der Vermögenslosigkeit, so dass Anfang 1997, nachdem der Sachverhalt den Beteiligten in seiner Tragweite klar geworden war, keine realistische Möglichkeit mehr existierte, den überwiesenen Betrag zurückzuerhalten. (...)

c) Die Angriffe der Berufung gegen die Höhe des festgestellten Schadens von 100.000 DM gehen fehl. **Ohne die Amtspflichtverletzungen des Beklagten – nach der Rechtsprechung gilt die tatsächliche Vermutung, dass sich der Beteiligte auch „beratungsgemäß“ verhalten hätte** (*BGH v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91, MDR 1992, 906 = WM 1992, 527; v. 22.3.1990 – IX ZR 128/89, MDR 1990, 916 = WM 1990, 1161; Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 219*) – hätte die Klägerin lastenfreies Eigentum an dem Miteigentumsanteil durch Zahlung eines Kaufpreises von 238.000 DM erworben. Nach der konkreten Vertragskonstellation hatte sie nunmehr neben den bereits gezahlten, letztlich verlorenen 100.000 DM immer noch den Kaufpreis in Höhe von 238.000 DM aufzuwenden.

Der Umstand, dass die Volksbank Q. im Zuge längerer Verhandlungen und aus Gründen, die zwischen den Parteien im Streit sind, **lediglich auf einem Ablösungsbetrag in Höhe von 188.000 DM bestanden hat, vermag den Beklagten schadenrechtlich nicht zu entlasten. Freiwillige Leistungen Dritter, wie sie der Beklagte vorliegend behauptet, lassen den Schadenersatzanspruch des Geschädigten grundsätzlich unberührt**, da sie in der Regel nicht den Schädiger entlasten, sondern dem Geschädigten zugute kommen sollen (*DNotZ 1983, 55, 58*). Selbst wenn demnach die Reduzierung der Ablösesumme auf einem Entgegenkommen der Volksbank Q. beruhte, der an einer Durchführung des Kaufvertrages gelegen war, würde eine Anrechnung den Beklagten unbillig entlasten und wäre aus Sicht der Klägerin unzumutbar (*BGH, NJW 1978, 356; Rinsche, a.a.O., Abs. 2 Rz. 205*). (...)

2. Auch die Berufung der Klägerin erweist sich als unbegründet.

Der Ansatz eines Mitverschuldens der Klägerin gemäß § 254 BGB ist dem Grunde wie auch der Höhe nach nicht zu beanstanden. (...)

– Verjährungskürzung
– AAB/AGB
(*OLG Köln, Urt. v. 28.2.2002 – 8 U 81/01*)

Leitsätze:

1. Eine in „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften“ geregelte Ausschlussfrist, wonach ein Schadenersatzanspruch des Auftraggebers erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird, ist gemäß § 9 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 AGBG unwirksam. Die Regelung entfernt sich so weit von der Vorschrift des § 68 StBerG und dem sich daraus ergebenden Leitbild für die Mindestregelung der Verjährung, dass sie eine unangemessene, gegen Treu und Glauben verstoßende Benachteiligung darstellt. Sie bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Auftragnehmers an einem möglichst frühzeitigen Haftungsausschluss. Dieses Interesse hat hinter dem Interesse des Kunden, der darauf angewiesen ist, dass er seine Ansprüche nicht ohne sachlichen Grund einbüßt, zurückzustehen.

2. Die Unwirksamkeit der Ausschlussklausel schlägt auch auf die vereinbarte Anwendung für einen Hausverwaltervertrag durch.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger beauftragten die Rechtsvorgängerin der Beklagten, die C.-Wirtschaftsberatungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft mbH, mit der Hausverwaltung von mehreren in ihrem Eigentum stehenden Immobilien. Hierzu gehörte u.a. eine Wohnung im Haus T-Straße. Nach Ziff. III. des Verwaltervertrages vom 30.5.1983 sollten für den Auftrag die „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften“ gelten. Ziff. 6 Abs. 3 der „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ lautet:

„Soweit ein Schadenersatzanspruch des Auftraggebers kraft Gesetzes nicht einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch soll innerhalb von sechs Monaten geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und dem anspruchsbegründenden Ereignis

Kenntnis erlangt hat. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird.“

Vom 1.4.1992 bis zum 31.12.1997 bewohnte der Mieter M. die Wohnung der Kläger im Objekt T-Straße. Für diesen Zeitraum zahlte dieser keine Miete. Die rückständigen Mieten wurden in Höhe von 24.510 DM zzgl. Zinsen in Höhe von 8,75% seit dem 31.7.1995 mit Vollstreckungsbescheid tituliert. Die Zwangsvollstreckung gegen den ehemaligen Mieter, der am 8.3.1999 die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, blieb erfolglos.

Die Kläger begehren von der Beklagten Zahlung der titulierten Beträge. Sie haben behauptet, die Beklagte habe die Wohnungsverwaltung von 1983 bis 1998 völlig eigenständig ausgeführt und den Mietzins für sie eingezogen, abgerechnet und den Erlös an sie abgeführt. Sie haben die Auffassung vertreten, die Beklagte treffe der Vorwurf eines Fehlverhaltens, da sie trotz Nichtzahlung des Mietzinses keine geeigneten Maßnahmen gegen den Mieter M. ergriffen hätte.

Unter Berufung auf Ziff. 6 ihrer „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ hat die Beklagte hinsichtlich eines etwaigen Schadenersatzanspruchs die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat die Beklagte zur Zahlung der titulierten Beträge in Höhe von 24.510 DM sowie 823,40 DM mit der Maßgabe einer Zugum-Zug-Verurteilung gegen Abtretung der titulierten Forderungen und Herausgabe der entsprechenden Titel verurteilt und die Klage im Übrigen abgewiesen. Die Berufung der Beklagten hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

1. Den Klägern steht gegen die Beklagte der geltend gemachte Anspruch dem Grunde nach aus positiver Vertragsverletzung des Verwaltervertrages vom 30.5.1983 zu.

a) Das Landgericht hat ausgeführt, dass die Beklagte im Rahmen der von ihr übernommenen wirtschaftlichen Verwaltung und Betreuung der Wohnungen auch zur buchhalterischen Erfassung der Mieten und insbesondere zur Kontrolle der Mieteingänge verpflichtet war. Diese Pflicht hat die Beklagte für die vom Mieter M. angemietete Wohnung der Kläger für die Zeit vom

1.4.1992 bis zum 31.12.1997 verletzt. Die Beklagte trägt in der Berufungsinstanz hierzu nunmehr selbst vor, dass die Nichtzahlung unbemerkt geblieben und dies auf ein Fehlverhalten ihrer vormaligen Mitarbeiterin N. zurückzuführen sei. Deren Verschulden ist der Beklagten gemäß § 278 BGB zuzurechnen.

b) Die Forderung ist auch nicht verjährt.

aa) Die **Verjährungsfrist** für den Anspruch aus positiver Vertragsverletzung des zwischen den Parteien abgeschlossenen Verwaltervertrages beträgt gemäß § 195 BGB a.F. grundsätzlich 30 Jahre. Denn es geht um eine **Pflichtverletzung des Verwaltervertrages** vom 1.5.1983, also eines Geschäftsbesorgungsvertrages i.S.d. §§ 675, 662 BGB (vgl. nur Palandt/Bassenge, BGB 60. Aufl., § 26 WEG Rz. 8 m.w.N.).

Entscheidend wäre bei einer „gemischten Tätigkeit“ von so genannten **Mehrfachberuflern** auf den Schwerpunkt der vertraglichen Verpflichtung (BGH v. 21.4.1982 – IVa ZR 291/80, BGHZ 83, 328, 332 = MDR 1982, 735; v. 19.11.1987 – VII ZR 39/87, BGHZ 102, 220, 223 = MDR 1988, 308) bzw. darauf abzustellen, **in welchem Berufsfield dieser im Einzelfall tätig geworden ist** (BGHZ 78, 335, 343 = MDR 1981, 309). Vorliegend kommt hinzu, dass hinsichtlich der Verwaltung ein gesonderter Vertrag geschlossen worden ist.

bb) Die Beklagte kann sich – ungeachtet der Wirksamkeit bzw. der wirksamen Einbeziehung der entsprechenden Regelung – nicht auf den Ablauf der in Ziff. 6 Abs. 2 Satz 1 der „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ geregelten dreijährigen Verjährungsfrist berufen. Die Voraussetzungen für das Vorliegen der Verjährung sind entsprechend den Erwägungen des Landgerichts nicht dargelegt. (...)

cc) Die Beklagte kann sich entgegen ihrer in der Berufungsinstanz vertieften Auffassung nicht darauf berufen, dass der Anspruch nach Ziff. 6 Abs. 3 Satz 3 der „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ ausgeschlossen ist, weil nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben worden ist. Zwar liegen die Voraussetzungen dieser Ausschlussregelung vor, da der am 26.10.2000 beantragte Mahnbescheid der Beklagten erst am 16.11.2000, also mehr als sechs Monate nach Ablehnung der Ersatzleistung durch Schreiben der Beklagten vom 12.4.2000 zugestellt worden ist. Indessen ist diese Regelung unwirksam.

(1) Die Ausschlussfrist ist bereits für den für sie vorgesehenen Anwendungsbereich im Bereich der steuerberatenden Tätigkeit gemäß § 9 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 AGBG unwirksam, weil sie die Kläger unangemessen benachteiligt und mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlich geregelten Verjährungsfristen, von denen in der Sache abgewichen wird, nicht zu vereinbaren ist.

Im Schrifttum werden unter Hinweis auf § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG ganz überwiegend Bedenken gegen formularmäßige Ausschlussfristen von sechs Monaten nach schriftlicher Ablehnung der Ersatzleistung geltend gemacht (vgl.

Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 3. Aufl., Rz. 819 f; Wolf in Wolf/Horn/Lindacher, AGBG 4. Aufl., § 9 Rz. 17 m.w.N., zu der entsprechenden Regelung in den AGB-Wirtschaftsprüfern; Brandner, ZIP 1984, 1186 ff, 1193 f; Bunte, BB 1981, 1064, 1067; a.A. wohl v. Westphalen, Vertragsrecht und AGB-Klauselwerk, Loseblatt, Stand: 2001, 1. Ordner, S. 39 Rz. 6 m.w.N.; siehe aber auch Furmans in v. Westphalen, Vertragsrecht und AGB-Klauselwerk, Loseblatt, Stand 2001, 2. Ordner, unter „Steuerberater“ Rz. 102).

Der BGH hat zu der Klausel noch nicht (offen gelassen in BGH, ZIP 1982, 1299 ff) und in sonstigen Fällen der Verkürzung von Verjährungsfristen insbesondere durch Ausschlussfristen auf den Einzelfall bezogen entschieden. Im Fall von „Bewachungsverträgen“ ist eine Regelung, wonach ein Haftungsanspruch erlischt, wenn ihn der Auftraggeber nicht unverzüglich schriftlich anzeigt, als unwirksam angesehen worden, indessen ohne auf die zugleich vorgesehene Ausschlussfrist von drei Monaten für den Fall, dass der Anspruch nach Ablehnung nicht binnen dieser Frist gerichtlich geltend gemacht wird, einzugehen (BGH v. 21.1.1999 - III ZR 289/97, MDR 1999, 407 = NJW 1999, 1031 ff; fortgeführt durch BGH v. 2.12.1999 - III ZR 132/98, MDR 2000, 257 = ZIP 2000, 360 ff).

Eine in Vertragsbedingungen für **Krankenhausbehandlungsverträge** vorgesehene Regelung, wonach Haftungsansprüche wegen des Verlustes bzw. der Beschädigung von im Krankenhaus verwahrten Wertsachen binnen einer Frist von drei Monaten schriftlich geltend zu machen sind, ist ebenfalls als unwirksam angesehen worden (BGH v. 9.11.1989 - IX ZR 269/87, MDR 1990, 430 = NJW 1990, 761, 764). Eine Ausschlussfrist von 13 Wochen für die gerichtliche Geltendmachung von **Gewinnen bei Pferdewetten** (BGH v. 21.3.1991 - III ZR 94/89, MDR 1991, 595 = NJW 1991, 1745) und eine solche von einem Jahr

nach schriftlicher Ablehnung des Anspruchs durch eine **Bausparkasse** für den Fall, dass der Bausparer in dieser Frist nicht Klage erhebt und die Bausparkasse weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt hat (vgl. BGH v. 9.7.1991 - XI ZR 72/90, MDR 1991, 857 = NJW 1991, 2559, 2562), sind demgegenüber als wirksam angesehen worden.

Gegen die Regelung, wonach Schadenersatzansprüche erlöschen, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird, bestehen durchgreifende Bedenken, die zur Unwirksamkeit der Klausel führen.

Für eine in den Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vorgesehene Ausschlussfrist zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen wird zutreffend unter Hinweis auf die Regelungen der § 51a WPO und § 168 Abs. 5 AktG darauf abgestellt, **dass eine Ausschlussfrist dem Auftraggeber einen erheblichen Teil des zeitlichen Spielraums für die Geltendmachung seines Schadenersatzanspruchs nimmt, den ihm die gesetzlichen Vorschriften mit der dort geregelten 5-Jahres-Frist zubilligen** (vgl. Brandner, ZIP 1984, 1193, 1194 m.w.N.; Furmans in v. Westphalen, Vertragsrecht und AGB-Klauselwerk, Loseblatt, Stand 2001, 2. Ordner, Rz. 102).

Diese Argumentation trägt auch und gerade für die steuerberatenden Berufe: Nach § 68 StBerG verjährt der Schadenersatzanspruch des Auftraggebers in drei Jahren ab Entstehung. **Die Ausschlussfrist würde diese kurze, an die Kenntnis anknüpfende Verjährungsregelung in unangemessener Weise zulasten des Kunden einschränken und damit die Durchsetzung von Ansprüchen des Vertragspartners mehr als nötig gefährden** (vgl. insoweit auch Furmans in v. Westphalen, Vertragsrecht und AGB-Klauselwerk, Loseblatt, Stand 2001, 2. Ordner, Rz. 102 m.w.N.).

Anders als bei den vom BGH für wirksam angesehenen Ausschlussfristen (BGH v. 9.7.1991 - XI ZR 72/90, MDR 1991, 857 = NJW 1991, 2559, 2562) **bezieht sich die Klausel schließlich auch nicht nur auf Fälle der leichten Fahrlässigkeit des Haftenden**. Hinzu kommt, dass im Zusammenhang mit einem **Treuhandvertrag** der BGH für den Bereich der **steuerberatenden Berufe eine formularmäßige Verkürzung der Frist des § 68 StBerG für unwirksam erklärt** hat (BGH v. 16.1.1986 - VII ZR 61/85, MDR 1986, 574 = NJW 1986, 1171, 1172).

Auch die Ausschlussfrist von nur sechs Monaten entfernt sich so weit von der gesetzlichen Regelung des § 68 StBerG und des sich daraus ergebenden **Leitbildes für die Mindestregelung der Verjährung**, dass sie eine unangemessene, gegen Treu und Glauben verstoßende Benachteiligung darstellt. Sie bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Auftragnehmers an einem möglichst frühzeitigen Haftungsausschluss. Dieses Interesse hat hinter dem Interesse des Kunden, der darauf angewiesen ist, dass er seine Ansprüche nicht ohne sachlichen Grund einbüßt (siehe hierzu v. Westphalen, *Vertragsrecht und AGB-Klauselwerk*, Loseblatt, Stand 2001, 1. Ordner, S. 39 Rz. 6 unter Hinweis auf BGH v. 9.11.1989 - IX ZR 269/87, MDR 1990, 430 = NJW 1990, 761, 764), zurückzustehen.

(2) Die sich damit nach § 9 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 ABGB ergebende Unwirksamkeit der Ausschlussklausel schlägt auch auf die hier vereinbarte Anwendung für den zwischen den Parteien geschlossenen Verwaltervertrag durch. Auch für diesen ist im Übrigen kein schutzwürdiges Interesse des Verwenders anzunehmen, den Anspruch des Vertragspartners derart einzuschränken. Hierauf ist aber nach der oben zitierten Rechtsprechung des BGH (BGH v. 21.3.1991 - III ZR 94/89, MDR 1991, 595 = NJW 1991, 1745; v. 9.11.1989 - IX ZR 269/87, MDR 1990, 430 = NJW 1990, 761; siehe auch Brandner in Ulmer/Brandner/Hensen, *ABGB* 9. Aufl. 2001, § 9 Rz. 158) entscheidend abzustellen.

(3) Dahingestellt bleiben kann nach dem Vorstehenden, ob die Ausschlussfrist als Haftungsbegrenzung i.S.v. § 11 Nr. 7 ABGB anzusehen und deshalb unwirksam ist. (...)

2. Der Höhe nach steht den Klägern der nunmehr ausgeurteilte Betrag zu. (...)

Steuerberaterhaftung

- Schaden
 - Umsatzsteuer
- (LG Hannover, Urt. v. 28.5.2001 - 20 O 2268/00)

Leitsatz (d. Red.):

Die unterlassene Geltendmachung von Umsatzsteuer führt nicht ohne weiteres zu einem Schaden im Rechtssinne. Es werden die am Markt erzielbaren Preise verlangt.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger begehrt von dem Beklagten, der ihn in steuerlichen Angelegenheiten beriet, Schadenersatz. Der Kläger vercharterte von 1987 bis 1989 Segelyachten. Der Beklagte beriet den Kläger im Frühjahr 1985 oder 1986 dahingehend, dass er hinsichtlich der Chartereinnahmen nicht umsatzsteuerpflichtig in Deutschland sei, da sich seine Betriebsstätte in Holland befinde. Der Kläger berechnete seinen Kunden die Chartergebühren ohne Umsatzsteuer und führte auch keine Umsatzsteuer ab.

Im Rahmen einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt H. ab dem 10.10.1991 wurden die Chartergebühren nachträglich der Umsatzsteuer unterworfen. Das Finanzamt stellte fest, dass der Kläger Betriebseinnahmen teilweise nicht zutreffend erfasst habe, und nahm eine Schätzung der Umsätze und Gewinne vor. Außerdem unterwarf das Finanzamt die Einnahmen aus Chartergebühren der Umsatzsteuer zum Regelsteuersatz mit der Begründung, der Kläger betreibe sein Unternehmen in H. Es wurden für die Jahre 1987 bis 1989 insgesamt 72.436 DM als Umsatzsteuer auf steuerbare Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch festgesetzt, die der Kläger von dem Beklagten ersetzt verlangt.

Der Kläger behauptet, der Beklagte habe ihn unzutreffend beraten. Er habe den Kläger darauf verwiesen, dass der Ort der Leistung für die Chartergebühr in den Niederlanden liege, da sich die Schiffe dort befinden würden. Dieser Rat sei rechtlich nicht haltbar gewesen. Wäre er richtig beraten worden, hätte er zu den Netto-Chartergebühren die Umsatzsteuer aufgeschlagen und den Kunden in Rechnung gestellt. Er habe in Holland keine Umsatzsteuer abgeführt, weil er keine Betriebsstätte in Holland gehabt habe. Er habe keine Räume angemietet, weil nach Auskunft des Beklagten sonst die holländische Umsatzsteuer angefallen wäre.

Da er keine marktüblichen Preise genommen habe, wäre es ihm leicht möglich gewesen, zu den erzielten Preisen die Umsatzsteuer hinzuzurechnen. Er sei bei der Kalkulation seiner Preise ca. 15 bis 20% unter den Preisen vergleichbarer Anbieter geblieben. Dies allein schon deshalb, weil er Yachten verchartert habe, die in Komfort und Ausstattung erheblich über dem Niveau vergleichbarer Charterer gelegen hätten. Von einer höheren Preisfindung habe der Kläger angesichts der prognostizierten Umsatzsteuerfreiheit abgesehen.

(Anträge ...)

Der Beklagte trägt vor, etwaige Regressansprüche seien nach § 68 StBerG verjährt.

Der Kläger habe eine Betriebsstätte in den Niederlanden, die dort erzielten Umsätze würden der niederländischen Umsatzsteuer unterliegen. Darauf habe er den Kläger aufmerksam gemacht. Aufgrund der niederländischen Betriebsstätte habe der Kläger in einem anderen Fall erfolgreich Erstattungsanträge zur Einfuhr-Umsatzsteuer stellen können. Aus der Rechnung vom 26.2.1998 über den Verkauf der Segelyacht B. gehe hervor, dass der Kläger niederländische Umsatzsteuer berechnet habe. Dem Kläger sei auch klar gewesen, dass er Mehrwertsteuer abzuführen hatte. Hätte der Kläger mit dem Finanzamt die im Rahmen der Außenprüfung erzielten Ergebnisse erörtert, wäre eine Festsetzung der Umsatzsteuer zu vermeiden gewesen.

Der Kläger habe seit 1984 marktübliche Preise in den Niederlanden genommen. Ein weiterer Aufschlag für die Mehrwertsteuer wäre nicht zu erzielen gewesen. (...)

Die Klage ist nicht begründet.

Aus den Gründen:

Ein Anspruch des Klägers gegen den Beklagten besteht nicht, weil die Kausalität zwischen der behaupteten Falschberatung und der Höhe des entstandenen Schadens auch nach Hinweis in der mündlichen Verhandlung vom 19.3.2001 nicht ausreichend dargelegt ist. **Es ist nicht ersichtlich, dass der Kläger die Segelyachten in gleichem Umfang und mit demselben Gewinn hätte verchartern können, wenn er die Umsatzsteuer auf die Kunden umgelegt hätte.**

So hat der Kläger bereits nicht dargelegt, zu welchen Preisen er seine Segelyachten in der streitigen Zeit von 1987 bis 1989 vermietet hatte und welche Preise er veranschlagt hätte, wenn er von einer Umsatzsteuerpflicht ausgegangen wäre. Die genaue Anzahl der in dieser Zeit zur Verfügung stehenden Segelschiffe, ihre Größe, die Ausstattung und die angebotenen Charterpreise werden nicht genannt.

Der Kläger hat auch keine Angaben zu Preisen der in Holland vergleichbaren Anbieter gemacht. Anhaltspunkte für ein nachprüfbares Abweichen

von marktüblichen Preisen bestehen danach nicht. Auch der schriftlichen Auskunft des als Zeugen benannten Herrn D. lassen sich keine konkreten Anknüpfungspunkte, insbesondere keine Preise entnehmen. Die Einholung eines Sachverständigengutachtens würde unter diesen Umständen zu einer Ausforschung führen.

Sollte der Kläger tatsächlich seine Segelyachten mit einem erheblichen Preisvorteil gegenüber anderen Vercharternern angeboten haben, so folgt aus diesem Umstand nicht ohne weiteres, dass es ihm leicht möglich gewesen wäre, zu den erzielten Preisen die Umsatzsteuer hinzuzurechnen, und dass dann ein wirtschaftlicher Schaden nicht entstanden wäre. Dies könnte nur angenommen werden, wenn der Kläger die Yachten auch bei höheren Preisen in gleichem Umfang verchartert hätte. Ob für diesen Fall die gleiche Nachfrage nach seinen Segelyachten zu verzeichnen gewesen wäre, lässt sich dem Vortrag des Klägers ebenfalls nicht entnehmen.

(...)

GI Hinweis

Der Dienstwagen

Kaum ein Bestandteil des Arbeitsentgelts ist emotional so belastet wie der „Dienstwagen“. Dabei ist er mittlerweile zum festen Bestandteil vieler Arbeitsverhältnisse geworden. Der Dienstwagen ist oft reines Arbeitsmittel, wie beim Taxifahrer oder Außendienstmitarbeiter. Sobald aber private Nutzung hinzutritt, wird er auch zum Vergütungsbestandteil. Die rechtlichen Auseinandersetzungen um den Dienstwagen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Ging es zunächst „nur“ um Haftungsfragen, wurde in der Folgezeit auch um den geldwerten Vorteil der Fahrzeugüberlassung gestritten.

Das Werk ist nach Stichworten geordnet. Auf alle Fragen aus dem Arbeits- und Sozialrecht gewährleistet es so einen schnellen Zugriff. Die vertiefte Aufbereitung der Stichworte, vielfach mit praktischen Hilfestellungen verbunden, ermöglicht die schnelle Bewältigung praktischer Probleme.

Nägele: Der Dienstwagen, von RA Dr. Stefan Nägele – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2002, 318 Seiten, DIN A5, broschiert, 36,80 €, ISBN 3-504-42621-7

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-6/2003

Allgemeine Auftragsbedingungen (AAB)

- Verjährung, § 68 StBerG 2003, 148
- = Verkürzung, 6 Monate nach Kenntnis

Angestelltenhaftung 2003, 56

Anlageberatung

- Bonitätsprüfung 2003, 115
- Kreditfinanzierung 2003, 80
- Risiken 2003, 115
- = Sicherheiten
- Schaden 2003, 80
- = Steuervorteile

Belehrungspflicht des RA

- Honorarvereinbarung 2003, 77
- Kosten, entstehende 2003, 46
- Vergütungshöhe 2003, 77

Belehrungspflicht des StB/WP

- > gegenüber Empfangsboten 2003, 128
- Besteuerung nach Durchschnittssätzen, § 23a UStG 2003, 128
- Gewinnausschüttung 2003, 41
- Gewinnausschüttung, verdeckte = Geschäftsführervertrag 2003, 94
- GmbH-Geschäftsführer = Einmalzahlung 2003, 94
- = > gg. Gesellschaftern 2003, 41
- Investition 2003, 108
- Kirchensteuerlast 2003, 60
- Rücklage, § 6b EStG 2003, 108
- Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren 2003, 41
- StB als Gesellschafter 2003, 41

Betriebsaufspaltung 2003, 19

Beweislast

- Kausalität, haftungsausfüllende, § 287 ZPO 2003, 60
- Kausalität, haftungsbegründende, § 286 ZPO 2003, 60
- Kirchengaustritt 2003, 60

Darlegungslast

- Schaden 2003, 86
- = Kenntnis der Nachteile 2003, 86
- = Steuersatz, halber, entfallen 2003, 47, 49
- = Zwei-Konten-Modell 2003, 22
- Schätzungsschaden

Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 2003, 123
- = Bewertungsgutachten 2003, 123
- = Gegenläufigkeit der Interessen 2003, 123
- = Sachverständigengutachten

Erfüllungsgehilfe

- Notariatsangestellte 2003, 56

Fristenkontrolle

- Empfangsbekenntnis 2003, 5
- = Handaktenvermerk 2003, 113
- = Vermerk, Zustelldatum
- Fristversäumnis, unverschuldetes = Empfangsbekenntnis 2003, 5
- = Handaktenvermerk 2003, 5
- = Unterzeichnung
- Organisationsanweisung 2003, 5
- = Einzelanweisung 2003, 5
- = Empfangsbekenntnis 2003, 3
- = Unterschriftsprüfung
- Rechtsmittelauftrag 2003, 126
- = Zustelldatum, Mitteilung des >

Gewinnausschüttung

- Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren 2003, 41

GI Aktuell

- Arbeitslohn = Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung 2003, 2
- Arbeitszimmer = Außendienst 2003, 107
- = Betriebsausgaben 2003, 107
- = Notfallpraxis 2003, 107
- Festsetzungsverjährung = Steuerbescheid, Absendung 2003, 134
- GbR = Haftung, Altverbindlichkeiten 2003, 106
- = Haftung, Neugesellschafter 2003, 106
- = Vertrauensschutz 2003, 106
- Grundstückshandel, gewerblicher = Sachzuwendung an Arbeitnehmer 2003, 54
- = Geburtstagsfeier 2003, 132
- Sportverein = Sponsoring 2003, 29
- = Werbeumsätze 2003, 29
- Steuergesetze, Rückwirkung 2003, 55
- Umsatzsteuer = Händlergarantie 2003, 132
- = Nebenleistung 2003, 132
- Verluste, ausländische 2003, 133
- Vorsorgeaufwendungen = Gleichbehandlung 2003, 55
- Werbungskosten = Umschulung 2003, 28

Gutachten

- Wertgutachten 2003, 123
- = Dritthaftung

Honoraranspruch des RA

- Abtretung 2003, 70
- Belehrungspflicht über > = > vor Mandatserteilung 2003, 77
- = Einholung RS-Deckungszusage 2003, 77
- = Honorarvereinbarung 2003, 77
- Einbehaltung von Honorar 2003, 120
- Honorarvereinbarung = Blankounterschrift 2003, 70
- = > vor Mandatserteilung 2003, 70

Honoraranspruch des StB/WP

- Beweislast
 - = Bestimmungsrecht 2003, 102
- Buchführung
 - = Mehrarbeit, verschuldete 2003, 7
 - = Sortierung von Belegen 2003, 7
 - = Umbuchungen 2003, 7
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
 - = Prozessvortrag 2003, 39
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
 - = Bestimmungsrecht
 - Beweislast 2003, 102
- Gebührenrahmen, § 16 StBGebV
 - = Bestimmungsrecht
 - Bindung an > 2003, 7
 - Darlegungslast 2003, 7
- Kündigung des StB-Vertrages
 - = Handeln, vertragswidriges, des StB 2003, 7
 - = Wegfall des Interesses 2003, 7
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
 - = Meldung, nachträgliche 2003, 39
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
 - = Erweiterung, nachträgliche 2003, 7
 - = Tätigkeiten, sonstige 2003, 7
- Prüfungen, Teilnahme an >, § 34 StBGebV 2003, 39
- Vorschuss
 - = keine Leistung, Schätzung 2003, 22

Insolvenzanfechtung

- Schaden 2003, 120

Kausalität

- Anteilsverkauf 2003, 86
- Fehler des Gerichts
 - = Zwei Fehler 2003, 99
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
 - = Anteilsverkauf 2003, 86
 - = Beweisführung, § 287 ZPO 2003, 60, 86
 - = Darlegungslast, erleichterte 2003, 60
 - = Kirchnaustritt 2003, 60
 - = Verhalten, beratungskonformes 2003, 86
- Steuervorteil, nicht eingetretener 2003, 86
- Vorteile, wirtschaftliche
 - = > bei wirtschaftlichen Nachteilen 2003, 86

Kirchensteuer

- Belehrung, Kirchnaustritt 2003, 60

Kostenerstattung

- StB-Kosten
 - = Information an Prozessbevollmächtigten 2003, 22

Lohnbuchhaltung

- Lohnabrechnung 2003, 66
- Sozialversicherungsberatung
 - = Freier Mitarbeiter 2003, 66

Mandantenschutzklausel

- Bindungsdauer 2003, 77

Mitverschulden

- Barquittungen
 - = Empfängerbenennung 2003, 135
- Rechtsmittel, unterlassenes 2003, 135

- Steuererklärung
 - = Blankounterschrift 2003, 92

Notar

- Angestelltenhaftung 2003, 56
- Anwaltsnotar
 - = Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete 2003, 134
- Belehrungspflichten
 - = Darlegungslast 2003, 145
 - = Pfandfreigabe 2003, 145
 - = Spekulationsfrist 2003, 16, 17
 - = Spekulationsgewinn, Versteuerung 2003, 16, 17
 - = Vorverträge 2003, 134
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)
 - = Angestelltenhaftung 2003, 56
 - = Anwaltsfehler, Vermögenslosigkeit 2003, 30
- Gesetzesänderung, Steuerrecht 2003, 16, 17
- Kostenrechnung, vollstreckbare
 - = Rechtsmittel 2003, 25

Parteiverrat, § 356 StGB

- Scheidungsverfahren 2003, 80

Partnerschaft

- Scheinpartner, Haftung 2003, 21

Prospekthaftung

- > des StB 2003, 115
- Verjährung, § 20 Abs. 5 KAGG analog 2003, 115

Prozessstandschaft

- Ehegatten, Gesamtgläubiger 2003, 47

Rechtsanwalt

- Entschuldungsvergleich 2003, 120
- Honorar, Einbehaltung 2003, 120
- Kündigungserklärung
 - = Zugang bei Arbeitnehmer 2003, 134
- Vergleich
 - = Mandanteninteresse 2003, 134
 - = Standesrecht 2003, 134

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- > durch Steuerberater
 - = Lohnbuchhaltung 2003, 66
 - = RA, Verweis an > 2003, 66
 - = Sozialversicherungsrecht 2003, 66
- Unternehmensberater
 - = Fördermittelberatung 2003, 12

Sachverständiger

- Gutachten, Wert des >
 - = Tauglichkeit, Zeitablauf 2003, 123

Schaden

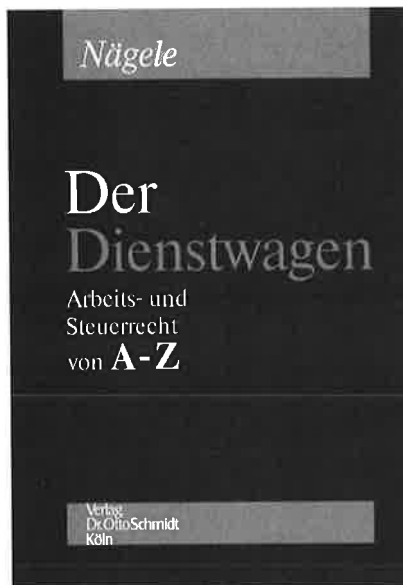
- Anteilsverkauf 2003, 86
- Barzahlungsgeschäfte
 - = Belege 2003, 135
- Besteuerung nach Durchschnittssätzen, § 23a UStG 2003, 128
- Betriebsaufspaltung 2003, 19
- Bewertung
 - = Gesellschaftsanteil 2003, 30
- Darlegungslast
 - = Vermögensgegenüberstellung 2003, 86

- Gesamtvermögensvergleich = Betriebsaufspaltung	2003, 19	= Ende der > - Beratung, anwaltliche	2003, 81
- Gesellschaftsanteil, Verlust des > = Bewertung	2003, 30	= Kausalität, Anwaltswechsel	2003, 51
- Grunderwerbsteuer = Gesamtvermögensvergleich	2003, 19	= RA, neuer	2003, 51
- Insolvenzanfechtung	2003, 120	- Verjährungshemmung	2003, 73
- Kalkulationsschaden = Steuersatz, halber	2003, 86	= Ende der >	2003, 73
- Kompensation = Zweiter Fehler	2003, 99	= Klageerhebung, alsbaldige	2003, 73
- Rücklage, § 6b EStG	2003, 108	= Rechtsausübung, unzulässige	2003, 73
- Säumniszuschläge	2003, 7	= Rücksprache mit Haftpflicht- versicherer	2003, 73
- Schadenbeseitigung = Investition, ETW	2003, 108		
- Schadenbetrachtung, konsolidierte = Kompensation, zweiter Fehler	2003, 99	Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO	
- Steuervorteile	2003, 108	- Belehrung über Fehler und Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch	
- Steuerzahlung, unvermeidbare	2003, 135	= Anlass, Kenntnis von Bauvertrag	2003, 128
- Umsatzsteuer	2003, 151	= Beginn der >	2003, 74
- Wiederbeschaffungswert = Gesellschaftsanteil, Verlust	2003, 30	= Ende der > - Beratung, anwaltliche	2003, 115
- Zwei-Konten-Modell	2003, 47	= Pflichtverletzung, zweite	2003, 74
		- Kausalität für Verjährungseintritt	2003, 74
Schätzung		- Verjährungsbeginn	
- Schaden		= Anlageberatung	2003, 115
= Darlegungslast, Bilanz	2003, 22	= Antrag auf Besteuerung nach Durchschnittssätzen, § 23a UStG	2003, 128
- Vorschuss an StB, nicht gezahlter	2003, 22	= Folgeschäden	2003, 115
		= Teilschaden	2003, 140
Sozietät		- Verjährungsverzicht	
- Kündigung, fristlose		= Auslegung	2003, 140
= > aus wichtigem Grund	2003, 29	= Frist, abgelaufene	2003, 140
		- Verkürzung, 6 Monate in AGB	2003, 148
Standesrecht		Versicherungsschutz	
- Sittenwidrigkeit	2003, 134	- Bindungswirkung	
- Vergleich	2003, 134	= > des Haftpflichturteils	
		- Pflichtverletzung	2003, 139
Steuerberatungsvertrag		- Haftpflichtbestimmung	
- Erweiterung	2003, 7	= § 949 GKG	2003, 91
- Mängelbeseitigung durch StB	2003, 108	Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO	
- Schadenbeseitigung	2003, 108	- Notar, Kostenrechnung	2003, 25
Steuererklärung		Vorteilsausgleichung	
- Blankounterschrift	2003, 92	- Drittleistungen	2003, 145
- Körperschaftsteuer		- Zweiter Fehler	2003, 99
= Gewinnausschüttung, Belehrung	2003, 41	Wiedereinsetzung	
Steuergestaltungsberatung		- Prozesshandlung, nachzuholende	2003, 3
- Auftrag	2003, 41		
- Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren	2003, 41	BGH v. 28.1.2002 - II ZR 239/00	2003, 29
Steuerverkürzung, § 378 AO		BGH v. 18.4.2002 - IX ZR 72/99	2003, 30
- Blankounterschrift	2003, 92	= DStR 02, 868	
Testamentsvollstrecker		BGH v. 17.7.2002 - IV ZR 268/01	2003, 139
- Ausscheiden des >	2003, 101	= VersR 02, 1141	
- Verjährung	2003, 84	BGH v. 17.9.2002 - VI ZR 419/01	2003, 5
- Vollmacht des >	2003, 101	BGH v. 18.9.2002 - IV ZR 287/01	2003, 84
Verjährung, § 195 BGB a.F.		= NJW 02, 3773 = MDR 02, 1372	
- Testamentsvollstrecker	2003, 84	BGH v. 26.9.2002 - III ZB 44/02	2003, 3
Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.		BGH v. 5.11.2002 - VI ZR 399/01	2003, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch		BGH v. 14.11.2002 - III ZR 87/02	2003, 56
= Anwaltswechsel	2003, 51	BGH v. 12.12.2002 - IX ZR 99/02	2003, 81
= Belehrungsbedürftigkeit	2003, 81	BGH v. 23.1.2003 - IX ZR 180/01	2003, 108
		BGH v. 20.2.2003 - IX ZR 384/99	2003, 135
		BGH v. 7.4.2003 - II ZR 56/02	2003, 106

BayOLG v. 1.3.2002 – 4 St RR 2/02 = wistra 02, 355	2003, 92	OLG Köln v. 28.2.2002 – 8 U 81/01 = OLG-Report 02, 330	2003, 148
KG v. 7.6.2001 – 2 U 3267/00 = OLG-Report 01, 405	2003, 19	OLG Köln v. 9.7.2002 – 9 U 169/01 = VersR 03, 55	2003, 91
KG v. 31.7.2001 – 13 U 4954/00 = OLG-Report 02, 265	2003, 94	OLG München v. 18.1.2001 – 29 U 2962/00 = WPK-Mitt 02, 154	2003, 21
OLG Brandenburg v. 29.11.2001 – 12 U 30/01 = OLG-Report 02, 213	2003, 51	OLG Naumburg v. 25.4.2002 – 2 U 3/02 = OLG-Report 02, 473	2003, 115
OLG Bremen v. 28.3.2002 – 2 U 121/00 = OLG-Report 02, 309	2003, 12	OLG Oldenburg v. 15.5.2002 – 6 W 28/02	2003, 49
OLG Celle v. 15.8.2002 – 11 U 341/01 = OLG-Report 02, 266	2003, 80	OLG Saarbrücken v. 27.3.2002 – 1 U 671/01 = OLG-Report 02, 279	2003, 145
OLG Düsseldorf v. 18.5.2000 – 10 U 107/96	2003, 101	OLG Schleswig v. 22.8.2002 – 11 U 30/01 = OLG-Report 02, 451	2003, 46
OLG Düsseldorf v. 7.7.2000 – 13 U 169/99	2003, 128	OLG Stuttgart v. 6.8.2002 – 12 U 76/02 = OLG-Report 03, 34	2003, 77
OLG Düsseldorf v. 20.3.2001 – 24 U 126/00	2003, 99	OLG Zweibrücken v. 16.5.2002 – 4 U 105/01 = OLG-Report 02, 441	2003, 47
OLG Düsseldorf v. 28.6.2001 – 14 U 236/00 = OLG-Report 02, 23	2003, 123		
OLG Düsseldorf v. 20.9.2001 – 10 U 109/00	2003, 73	LG Berlin v. 25.7.2000 – 26 O 278/99	2003, 22
OLG Düsseldorf v. 11.12.2001 – 24 U 19/01 = OLG-Report 02, 257	2003, 70	LG Hannover v. 11.1.2001 – 3 O 1292/00 u. 3 O 2123/00	2003, 74
OLG Düsseldorf v. 16.4.2002 – 24 U 123/01	2003, 120	LG Hannover v. 28.5.2001 – 20 O 2268/00	2003, 151
OLG Düsseldorf v. 3.5.2002 – 23 U 152/01	2003, 7	LG Stuttgart v. 20.12.2001 – 20 O 467/01 = BB 02, 380	2003, 134
OLG Düsseldorf v. 28.5.2002 – 24 U 8/02 = OLG-Report 02, 415	2003, 25		
OLG Düsseldorf v. 9.7.2002 – 23 U 222/01	2003, 66	BFH v. 6.6.2002 – VI R 178/97	2003, 2
OLG Düsseldorf v. 29.10.2002 – 23 U 45/01	2003, 41	BFH v. 1.8.2002 – V R 21/01	2003, 29
OLG Düsseldorf v. 19.11.2002 – 23 U 258/01	2003, 39	BFH v. 18.9.2002 – X R 183/96	2003, 54
OLG Düsseldorf v. 28.11.2002 – 23 U 259/01	2003, 86	BFH v. 16.10.2002 – XI R 41/99	2003, 55
OLG Düsseldorf v. 20.12.2002 – 23 U 39/02	2003, 60	BFH v. 6.11.2002 – XI R 42/01	2003, 55
OLG Düsseldorf v. 20.12.2002 – 23 U 240/01	2003, 140	BFH v. 13.11.2002 – VI R 82/02, 104/01 + 28/02	2003, 107
OLG Frankfurt v. 30.1.2002 – 9 U 91/01 = OLG-Report 03, 25	2003, 134	BFH v. 13.11.2002 – I R 13/02	2003, 133
		BFH v. 25.11.2002 – GrS 2/01	2003, 134
OLG Karlsruhe v. 19.9.2002 – 3 Ss 143/01 = AnwBl 03, 55	2003, 80	BFH v. 4.12.2002 – VI R 120/01	2003, 28
OLG Karlsruhe v. 15.11.2002 – 14 U 73/01 = OLG-Report 03, 175	2003, 134	BFH v. 5.12.2002 – IV R 7/01	2003, 107
		BFH v. 17.12.2002 – VI R 137/01	2003, 28
OLG Koblenz v. 6.4.2001 – 10 U 243/00	2003, 126	BFH v. 16.1.2003 – V R 16/02	2003, 132
OLG Koblenz v. 13.2.2002 – 1 U 296/01 = OLG-Report 02, 282	2003, 17	BFH v. 28.1.2003 – VI R 48/99	2003, 132
OLG Koblenz v. 29.5.2002 – 1 U 1423/01 = OLG-Report 02, 400	2003, 16		
		BAG v. 7.8.2002 – 10 AZR 586/01 = BB 02, 2386	2003, 77
		AG Borbeck v. 8.10.2002 – 6 C 353/00	2003, 102

Einmalig

Der Dienstwagen ist mittlerweile zum wesentlichen Bestandteil vieler Arbeitsverhältnisse geworden. Er ist oft reines Arbeitsmittel, wie beim Taxifahrer oder Außendienstmitarbeiter, sobald aber eine private Nutzung hinzu tritt, wird er auch zum Vergütungsbestandteil. Die rechtlichen Auseinandersetzungen um den Dienstwagen nahmen in den letzten Jahren deutlich zu. Ging es zunächst „nur“ um Haftungsfragen, wurde in der Folgezeit auch um den geldwerten Vorteil der Fahrzeugüberlassung gestritten. Das Fortschreiten von Deferred Compensation Modellen rückt auch betriebsverfassungsrechtliche Fragestellungen in den Vordergrund.



Neu!

Dieses einmalige Werk gibt auf alle Fragen, die mit dem **Arbeits- und Steuerrecht** zusammen hängen, umfassend Antwort. Die Sortierung der Stichworte, ausgewählt nach Lebenssachverhalten, in alphabetischer Reihenfolge garantiert einen schnellen Zugriff. Die vertiefte Aufbereitung der Stichworte gewährleistet eine schnelle **Bewältigung praktischer Probleme** und unterstützt alle Beteiligten bei der **Vertragsgestaltung**.

Nägele
Der Dienstwagen
Arbeits- und Steuerrecht von A-Z

Von RA Dr. Stefan Nägele.
318 Seiten DIN A5, 2002, brosch. 36,80 € [D].
ISBN 3-504-42621-7

Bestellung per Fax: 0221 / 9 37 38-943

Bestellung bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag
Dr. Otto Schmidt, Postfach 51 10 26, 50946 Köln.

Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht
Nägele **Der Dienstwagen** Arbeits- und Steuerrecht von A-Z
brosh. 36,80 € [D].

Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln **ols**

Stempel/Anschrift

Datum/Unterschrift

11/02

Fristenkontrolle des Rechtsanwalts:
Empfangsbekanntnis • Arbeitsüberlastung • Fristsicherung (BGH);
Notarhaftung: Beschleunigung, Verzögerung • Schaden (BGH);
Steuerberaterhaftung: Belehrungspflichten • Umwandlung • Schaden • Alternativgestaltung (OLG Köln);
Treuhandhaftung: Verjährung, § 68 StBerG • Verjährungsbeginn (KG);
Untreue des Anwalts, § 266 StGB; Mandantengelder • Versicherungsleistung (OLG Hamm);

Steuerberaterhaftung: Vertragsberatung • Nicht erkannte Betriebsaufspaltung • Hypothetische Entscheidung der Finanzbehörde • Verjährung, Feststellungsbescheid (OLG Düsseldorf);
Haftung des Immobilienmaklers: Schadenersatz für unrichtige Angaben im Exposé • Nachprüfbarkeit durch Käufer • Angaben des Käufers bei Verhandlungen (LG Hagen) und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



Immer häufiger stehen Geschäftsführer und Vorstände wegen angeblicher Verletzung der Sorgfaltspflicht im Kreuzfeuer der Kritik und werden auf Schadenersatz verklagt. Es können Ihnen Fehleinschätzungen der Marktsituation, Fehlinvestitionen oder auch kaufmännische Fehler vorgeworfen werden. Publikumswirksame Fälle wie EM-TV sind hier nur die Spitze des Eisberges. Dass sich dieser Trend verstärkt hat, liegt u.a. auch an der steigenden Zahl von Unternehmensschieflagen.

Anspruchssteller sind dann nicht mehr nur außen stehende Dritte, z.B. Insolvenzverwalter, sondern auch die Unternehmen selbst. Aber auch die wachsende Anspruchsmentalität und die zunehmende Bereitschaft, Ansprüche gegen Manager geltend zu machen, nimmt sprunghaft zu. Den erforderlichen Versicherungsschutz für das Management mittelständischer Kapitalgesellschaften bietet die Gerling D&O Vermögensschadenhaftpflicht-Versicherung für Unternehmensleiter.

GI-HOTLINE

(02 21) 1 44-51 55

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen • Nachbestellung von einzelnen GI-Heften • Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

6-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: € 59,92 jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.